

Menne, Klaus; Weber, Matthias

Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung.

Stellungnahme zu § 17 Kinder- und Jugendhilfegesetz

Weigel, Georg [Hrsg.]; Winkler, Michael [Hrsg.]: Kinder- und Jugendhilfe. Kinder in Maßnahmen - Verbandliche Stellungnahmen. Opladen : Leske & Budrich 2000, S. 193-238. - (Materialien zum Zehnten Kinder- und Jugendbericht ; 5)



Quellenangabe/ Reference:

Menne, Klaus; Weber, Matthias: Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung. Stellungnahme zu § 17 Kinder- und Jugendhilfegesetz - In: Weigel, Georg [Hrsg.]; Winkler, Michael [Hrsg.]: Kinder- und Jugendhilfe. Kinder in Maßnahmen - Verbandliche Stellungnahmen. Opladen : Leske & Budrich 2000, S. 193-238 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-123973 - DOI: 10.25656/01:12397

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-123973>

<https://doi.org/10.25656/01:12397>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Klaus Menne/Matthias Weber,
Bundeskongferenz für
Erziehungsberatung e.V.

Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung

Stellungnahme zu § 17 Kinder- und
Jugendhilfegesetz

Inhalt

1	Die Vorgängerberichte	195
2	Ehekonflikte, Scheidungen und ihre Folgen für Kinder und Jugendliche	196
3	Partnerschaftsberatung und Beratung bei Konflikten und Krisen in der Familie (§ 17 Abs. 1 Satz 1 und 2 KJHG)	199
4	Trennungs- und Scheidungsberatung (§ 17 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 KJHG)	203
5	Kinder und Jugendliche und Trennungs- und Scheidungsberatung	205
6	Mediation.....	206
7	Rechtsberatung im Kontext von § 17 KJHG.....	208
8	Pluralität der Träger/Wunsch- und Wahlrecht	209
9	Leistung und Wächteramt	211
10	Perspektive Kindschaftsrechtsreform	214
11	Voraussetzungen für langfristig tragfähige Lösungen.....	217
12	Beratung und Unterstützung bei der Personensorge (§ 18 Abs. 1 und 4 KJHG)	218
13	Scheidungskinder in Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses.....	221
14	Förderliche Bedingungen für das Leistungsangebot	223
15	Umsetzung des Auftrages zum Aufbau des Angebotes.....	224
16	Spezialisierung oder integrierte Dienstleistung	226
17	Rechtsanspruch auf Beratungsleistungen nach § 17 KJHG..	227
18	Auswirkungen von § 17 KJHG auf Kinder	228
19	Empfehlungen an die Politik	231
20	Anmerkungen	232
21	Tabellen.....	232
22	Literatur	233

1 Die Vorgängerberichte

Der Siebte Jugendbericht

Der Siebte Jugendbericht (Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit 1986) thematisiert Trennung und Scheidung nur im Zusammenhang soziodemographischer Veränderungen (ebd., S. 11). Er benennt sie nicht als eine der Phasen oder Schlüsselereignisse, aus denen sich Anforderungen an die Jugendhilfe ergeben (ebd., S. 23 ff.). Am nächsten kommt er dem Thema mit der Feststellung, daß „als Folge von Trennung und Scheidung der Eltern ... in Einelternfamilien neue Formen des Umgangs zwischen den Eltern bzw. zwischen Eltern und Kindern entwickelt werden (müssen)“ (ebd., S. 20). Dementsprechend werden von der Politik unter Hinweis u. a. auf Alleinerziehende „in besonderen Lebenslagen spezielle Hilfen“ gefordert (ebd., S. 53). Da der Siebte Jugendbericht von der „Notwendigkeit eines umfassenden Systems präventiver und offensiver Hilfen zur Stärkung der familialen Erziehungskompetenz“ (ebd., S. 33) ausgeht, schließt er allerdings ein Angebot wie Trennungs- und Scheidungsberatung nicht grundsätzlich aus.

Der Achte Jugendbericht

Der Achte Jugendbericht (Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit 1990) stellt deutlicher als sein Vorgängerbericht heraus: „Kinder laufen heute stärker Gefahr, in die Situation eines Scheidungskindes zu geraten“ (ebd., S. 41). In den großen Verdichtungsräumen liege die Scheidungsquote sehr viel höher als in ländlichen Regionen (ebd.). Trennung bzw. Scheidung wird zudem als wichtiger auslösender Faktor für Sozialhilfebedürftigkeit von Familien gesehen (ebd.).

Dementsprechend zählt der Achte Jugendbericht das Auseinanderbrechen familialer Systeme bei Scheidung zu den Risiken von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft (ebd., S. 65) und fordert, die Arbeit auf die Frage zu konzentrieren, wie Kinder, Jugendliche und Familien mit den Risiken und belastenden Situationen erfolgreich umgehen können (ebd., S. 66).

Als erster Jugendbericht widmet der Achte dem Thema Trennungs- und Scheidungsberatung einen eigenen Abschnitt (ebd., S. 138) und konstatiert eine wachsende Nachfrage nach Beratung bei Problemen, die in Zusammenhang mit Trennung und Scheidung entstehen (ebd.).

Als Anbieter dieser Leistung werden benannt: Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD), Beratungsstellen der freien Wohlfahrtspflege und vereinzelte Trennungs- und Scheidungsberatungsstellen. Die Notwendigkeit, neben Beziehungsproblemen auch rechtliche und sozioökonomische Fragen in die Beratung einzubeziehen, wird betont (ebd.).

Neben einer Beratung in Scheidungsproblemen im Rahmen der Erziehungs- und Familienberatung tritt der Achte Jugendbericht für eine Verortung dieses Angebots „im Kontext des offenen Arbeitsansatzes von Jugendhilfe“ ein (ebd., S. 140).

Der Neunte Jugendbericht

Der Neunte Jugendbericht (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1994) ist zentriert auf die Situation der Kinder und Jugendlichen in den neuen Bundesländern. Demographische Veränderungen der Familien (wie die Zunahme von Trennung und Scheidung) sind dabei zurückgestellt. Es wird lediglich an einer Stelle notiert, daß „auch die ‚Trennungs- und Scheidungsberatung‘ (neben ihrer zentralen Verankerung in § 17 KJHG) zum Aufgabenbereich der Erziehungsberatung“ gehört (ebd., S. 476).

2 Ehekonflikte, Scheidungen und ihre Folgen für Kinder und Jugendliche

Das Statistische Jahrbuch 1996 weist aus, daß die Zahl der Ehescheidungen seit 1960 kontinuierlich angestiegen ist (Statistisches Bundesamt 1996, S. 79). Diese Tendenz läßt sich im Detail auch in den Scheidungszahlen und Scheidungsraten seit 1990 verfolgen. In Rheinland-Pfalz z. B. wurden 1996 4 % mehr Ehen geschieden als ein Jahr zuvor. „Damit setzt sich der Trend zunehmender Scheidungszahlen auch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre fort“ (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 1997). Bezogen auf die Scheidungszahlen von 1994, erfolgten bei Ehen ohne Kinder die meisten Scheidungen nach 3 bis 5 Jahren Ehedauer, bei Ehen mit einem Kind nach 4 bis 6 Jahren und bei Ehen mit 2 Kindern nach 8 bis 10 Jahren. Das deutet nicht nur darauf hin, daß ein Großteil der betroffenen Kinder mit der Scheidung ihrer Eltern und den dieser in der Regel vorausgehenden Konflikten in einem frühen bzw. sehr frühen Lebensalter konfrontiert ist. Es bestätigt

auch die Vermutung, daß die Geburt von Kindern, insbesondere die des ersten Kindes, häufig mit Ehekrisen verbunden ist (vgl. dazu z.B. Wingen 1992). U.a. diskutiert Beck-Gernsheim (1993) in diesem Zusammenhang die These einer „Entkoppelung von Partnerschaft und Elternschaft“: die Koppelung von beiden führe unter den heutigen Lebensbedingungen zu Irritationen, Spannungsmomenten und Konflikten.

Der Umstand, daß – wiederum bezogen auf die Ehescheidungszahlen von 1994 – nur in 6 % der Fälle der Antrag von beiden Partnern gestellt wurde und in rund 60 % von Frauen, macht deutlich, daß der Wunsch nach einer Scheidung nur sehr selten „eilvernehmlich“ ist, und daß in den meisten Fällen die Frau mit Situation und Partnerschaft so unzufrieden ist, daß sie Änderungen durch eine Scheidung anstrebt. Die mit der Geburt des ersten Kindes für viele Frauen entstehende Reprivatisierung und die damit verbundenen Umstände bedeuten für viele Paare die Störung eines bis dahin erlebten Gleichgewichtes und führen nach Erfahrungen von Beratungsstellen zu Konflikten und Krisen. Für die Situation von Kindern bedeutet dies, daß nicht selten ihre Existenz zu einer Gefährdung der Beziehung ihrer Eltern und damit mittelbar zu Belastungen für die eigene Entwicklung führt.

Die Folgen von elterlichen Konflikten, von Trennung und Scheidung für die betroffenen Kinder sind Gegenstand zahlreicher Untersuchungen. Methodenkritische Beiträge betonen dabei vor allem folgende Aspekte:

- U.a. Barber und Eccles (1992) verweisen darauf, daß sich die Forschung bisher weitgehend auf die möglichen negativen Folgen einer Scheidung konzentriert hat. Sie sprechen kritisch von einer „Disasterperspektive“ und fordern die Anwendung eines „objektiveren Modells“ (vgl. Hofmann-Hausner/Bastine 1995, S. 296f.). Auch Riehl-Emde weist darauf hin, daß es bisher erst wenige wissenschaftliche Untersuchungen gibt, die „die positiven Folgen einer Scheidung in den Mittelpunkt stellen“ (1992, S. 427).
- Meta-Analysen vorliegender Untersuchungen zeigen, daß die Folgen der Ehescheidung im Laufe der Jahre weniger belastend geworden sind (Riehl-Emde 1992). Auch Hofmann-Hausner und Bastine (1995) gehen davon aus, daß mit der größer werdenden Akzeptanz von Scheidungen die Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Kinder einem Wandel unterliegen.
- „Die Scheidungsvorgeschichte, insbesondere das Ausmaß der Zerrüttung der Familie vor der Scheidung“ (Riehl-Emde 1992, S. 420) rückt stärker ins Blickfeld. Die Annahme einer kausalen Verknüpfung von Elterntrennung und Entwicklungsstörung der betroffenen

Kinder sind lange Zeit nicht hinterfragt worden (Niesel 1995). In der aktuellen Diskussion werden jedoch Konfliktniveau und Konfliktaustragungsstil der Eltern (Offe 1992) als entscheidende Faktoren gesehen, die sowohl vor einer Scheidung von Bedeutung sein können wie auch bei Elternpaaren, die eine Scheidung – vielleicht gerade wegen der Kinder – „um jeden Preis“ vermeiden.

- Bei den untersuchten Belastungen der Scheidungskinder wird zu sehr abgestellt auf die psychische Verarbeitung der Scheidung selbst. Doch haben sich u. a. der sozioökonomische Status der Nachscheidungsfamilie, die vom Kind erlebten lebensverändernden Ereignisse und die psychische Angepaßtheit des sorgeberechtigten Elternteils als wichtige Einflußfaktoren herausgestellt (Offe 1992).
- Nach Fthenakis (1995a und b) wurde die Bedeutung der Qualität kindlicher Beziehungen zu beiden Eltern nach der Trennung in mehreren Untersuchungen unterstrichen.

Außer dem Faktum einer Scheidung selbst haben sich also die einer Scheidung typischerweise *vorausgehenden* wie auch die *nachfolgenden* Bedingungen als bedeutsam für Kinder erwiesen. Bei aller Vorsicht vor einer Überschätzung negativer Scheidungsfolgen für Kinder gehen jedoch nahezu alle Autoren von Unterschieden zwischen Scheidungskindern und Kindern aus vollständigen Familien aus. Geschlecht und Alter der betroffenen Kinder spielen im Hinblick auf die Folgen dabei eine wichtige Rolle (vgl. Fthenakis 1995a und b). Aus psychoanalytischer Sicht beleuchtet Figdor die Bedeutung des Scheidungsgeschehens für Kinder und relativiert dabei den Unterschied zwischen sichtbaren und unsichtbaren Reaktionen. Seine Perspektive eröffnet vor allem ein Verständnis für Spätfolgen erlebter Partnerschaftskrisen, besonders bei jüngeren Kindern: „Kinder, deren früheste Objektbeziehungserfahrungen mit überdurchschnittlich massiven Konflikten belastet sind, deren Urvertrauen Risse aufweist, neigen auch später verstärkt zu Liebesverlustängsten ...“ (Figdor 1991, S. 86).

Nach Offe fanden Amato und Keith (1991), „daß Erwachsene, deren Eltern geschieden waren, in allen untersuchten Bereichen (u. a. psychische Angepaßtheit, Verhaltensauffälligkeiten, psychische und physische Gesundheit, sozioökonomische Situation, Qualität der eigenen Ehe, eigene Scheidung, selber alleinerziehend) schlechter abschnitten als Erwachsene, deren Eltern sich nicht haben scheiden lassen“ (Offe 1992, S. 39). Auch wenn die gefundenen Effekte gering seien, zeigten sie doch die ungünstigeren Entwicklungschancen von Scheidungskindern. In bezug auf eher aktuelle Auswirkungen von Scheidungserfahrungen weist Offe auf folgende in der Literatur genannten Aspekte hin:

- Auswirkungen auf die allgemeine Angepaßtheit der Kinder,
- Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl der Kinder,
- Auswirkungen auf die Schulleistungen,
- Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen zu Gleichaltrigen,
- Auswirkungen auf abweichendes und delinquentes Verhalten.

Als kaum systematisch untersucht, aber in letzter Zeit häufiger erwähnt, führt Offe als positive Auswirkungen eine weniger starre Orientierung an Geschlechterrollen und größere Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit von Scheidungskindern an.

3 Partnerschaftsberatung und Beratung bei Konflikten und Krisen in der Familie (§ 17 Abs. 1 Satz 1 und 2 KJHG)

Wenn, wie oben dargelegt, Partnerschaftsprobleme, Trennung und Scheidung zu Belastungen und negativen Auswirkungen bei Kindern und Jugendlichen führen, ist es Aufgabe der Jugendhilfe, dem Auftreten dieser Belastungen präventiv entgegenzutreten oder, im Falle ihres Auftretens, dafür zu sorgen, daß negative Auswirkungen für Kinder möglichst gering gehalten werden. Der Gesetzgeber hat in § 17 KJHG ein Instrument geschaffen, dieser Aufgabe nachzukommen. Nach § 17 Abs. 1 Satz 1 und 2 KJHG soll Müttern und Vätern im Rahmen der Jugendhilfe Beratung in Fragen der Partnerschaft angeboten werden, „wenn sie für ein Kind oder einen Jugendlichen zu sorgen haben oder tatsächlich sorgen. Die Beratung soll helfen,

1. ein partnerschaftliches Zusammenleben in der Familie aufzubauen,
2. Konflikte und Krisen in der Familie zu bewältigen“.

Es fällt auf, daß seit Inkrafttreten des KJHG 1990 (mit dem Einigungsvertrag) in den neuen und 1991 in den alten Bundesländern eine Diskussion über diese in § 17 KJHG formulierten Aufgaben vergleichsweise mühsam in Gang kommt, während die Diskussion über Beratung bei Trennung und Scheidung, also die Aufgaben nach § 17 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 KJHG intensiv geführt wurde. Dies ist auf das Bemühen zurückzuführen, die bisher in der Jugendhilfe praktizierte „Stellungnahme“ des Jugendamtes durch eine Beratung der Eltern zu ersetzen, in der diese selbst eine Regelung für die künftige Wahrnehmung ihres Sorgerechts erarbeiten.

Wenn sich nun aber zunehmend gezeigt hat (s. o.), daß bei genauer Betrachtung die *Konfliktproblematik* der Eltern für Kinder bedeutsam ist und daß die Zahl der von Elternkonflikten betroffenen Kinder sehr viel höher ist als die Zahl der Scheidungskinder (Niesel 1995), so stellt sich das vergleichsweise geringe Interesse für die hier gemeinten Beratungsaufgaben als unangemessen dar.

Das starke Interesse für das Scheidungsgeschehen von der Antragstellung bis zur richterlichen Entscheidung führt übrigens auch zu einer vergleichsweise geringen Beachtung der in der Nachscheidungsphase relevanten und notwendigen Beratungsvorgänge.

Rhiel-Emde führt aus: „Die Bedingungen, die langfristig nach einer Scheidung wirken, scheinen die kindliche Entwicklung nachhaltiger zu beeinflussen als die Scheidung selbst. Als günstige langfristige Bedingungen gelten: (1) wenn die Kinder in enger Beziehung mit einem psychisch gesunden Elternteil leben; (2) wenn sie bei der Bewältigung der Scheidungssituation unterstützt werden; (3) wenn die sozioökonomischen Ressourcen, die dem Kind zur Verfügung stehen, nicht allzu sehr reduziert sind; (4) wenn die Eltern wenig Konflikte miteinander haben und in der Erziehung ihrer Kinder zusammenarbeiten können“ (Rhiel-Emde 1992, S. 428). Die Beratungsvorgänge, die auf die Erarbeitung solcher günstiger Bedingungen abzielen, lassen sich gesetzssystematisch häufig nicht eindeutig zuordnen. Sie zielen auf das Zusammenleben in der Nachscheidungsfamilie, betreffen die Bedingungen für eine dem Wohl des Kindes förderliche Wahrnehmung der Elternverantwortung und können der Entwicklung (neuer) einvernehmlicher Konzepte für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge dienen (§ 17 Abs. 1 Satz 1 und 2, § 17 Abs. 1 Satz 3, § 17 Abs. 2 KJHG). Sie sind nicht selten Beratung und Unterstützung bei der Ausübung des Sorgerechts für den nicht-sorgeberechtigten Elternteil (§ 18 Abs. 4) und entsprechen häufig zugleich den Kriterien der §§ 27 ff. (Hilfe zur Erziehung) und § 28 KJHG (Erziehungsberatung).

Die Aufgaben einer Partnerschaftsberatung im Sinn von § 17 Abs. 1 Satz 1 und 2 KJHG werden vor allem im Rahmen von Erziehungsberatung und Eheberatung wahrgenommen (Schellhorn/Wienand 1991, § 17 Rz 5). Zu diskutieren ist, ob psychologische Prävention für Paare als Jugendhilfeleistung betrachtet werden kann. Als Kriterium für Maßnahmen nach § 17 KJHG gilt, daß sie immer das Wohl der Kinder im Auge haben (für andere: Mrozynski 1991, S. 72). Ein allein auf die Paarbeziehung abgestelltes methodisches Vorgehen würde diesem Kriterium *nicht* entsprechen. Wenn andererseits unabhängig von einer Scheidung ein hohes Konfliktniveau der Eltern belastend für Kinder ist, so ist zu folgern, daß dessen Reduzierung auch dann positive Effekte für Kinder haben *kann*, wenn sie im Rahmen eines auf die Paarebene fokussierenden Vorgehens stattfindet.

Minsel (1992) beschreibt psychologische Prävention für Paare als Instrument der Qualitätsverbesserung und Stabilisierung von Ehen und gibt einen Überblick über bestehende Ansätze. Nach Hahlweg (1986) kommt Beziehungsfaktoren und insbesondere dem Gesprächsverhalten die größte Vorhersagekraft für das Gelingen oder Scheitern einer Paarbeziehung zu. Engl/Thurmaier (1995, S. 110) berichten, daß Paare, die ein EPL-Programm (*Ehevorbereitung – ein Partnerschaftliches Lernprogramm*) absolviert haben, in ihren Beziehungen zufriedener sind und eine deutlich geringere Scheidungsrate haben.

Für den Bereich der *Eheberatungsstellen* haben Klann und Hahlweg (1994) in der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in jüngerer Zeit mehrere Studien vorgelegt. Die Wirksamkeit von Ehe- und Partnerschaftsberatung wird dabei wie folgt zusammengefaßt: „Im Vergleich zur Eingangsmessung hatten Paare nach Beendigung der Beratung im Durchschnitt weniger Probleme, waren mit ihrer Beziehung global zufriedener, konnten sich im affektiven Bereich besser austauschen und gaben an, ihre Probleme besser bewältigen zu können. Sie waren zufriedener mit der gemeinsamen Freizeitgestaltung und im sexuellen Bereich, waren weniger depressiv gestimmt und klagten über weniger körperliche Beschwerden als zum Zeitpunkt vor der Beratung. *Keine signifikanten Veränderungen zwischen den Meßzeitpunkten fanden sich ... in den Bereichen: Zufriedenheit mit den Kindern und Kindererziehung*“ (Hervorhebung durch die Autoren) (ebd., S. 159). Klann und Hahlweg konstatieren, daß Ehe-, Familien- und Lebensberatung für die Komplexe „Zufriedenheit mit den Kindern“ und „Konflikte in der Kindererziehung“ noch keine ausreichenden Handlungsperspektiven für konstruktive Veränderungen bieten. Dies bedeute für die Praxis der Eheberatung eine Herausforderung.

Einzelbefunde der angesprochenen Untersuchungen weisen mögliche Perspektiven auf: ein leichter positiver Zusammenhang zwischen systemischer Zusatzausbildung und einer Verbesserung in Werten, die das Verhältnis zu Kindern betreffen (ebd., S. 140), deutet darauf hin, daß ein explizites Einbeziehen von Kindern positive Effekte auf die Eltern-Kind-Beziehung hat. Wenn die Autoren an anderer Stelle jedoch feststellen (ebd., S. 21), daß Einzelberatung die mit Abstand häufigste Form des Settings in der Ehe-, Familien- und Lebensberatung ausmacht (62 %), und daß Paarberatung (27,5 %) und Familienberatung (7,9 %) deutlich seltener vorkommen, so zeigt dies, daß Ehe-, Familien- und Lebensberatung bisher methodisch kaum expliziten Bezug auf das Familiensystem nehmen und, im Falle von Konflikten, weniger auf der Elternebene arbeiten.

Auch die katamnestische Studie von Vennen (1992) an Klienten von

Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen sowie Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen über Behandlungsergebnisse und Wirkfaktoren von Eheberatung kommt zu durchweg positiven Ergebnissen bezüglich der Effekte von Eheberatung auf die Paarbeziehung, gibt aber gleichfalls kaum Aufschlüsse über die entstandenen Folgen für Kinder.

Die bisher vorliegenden Untersuchungen über Eheberatung weisen also positive Effekte für ein partnerschaftliches Zusammenleben von Eltern nach. Eine familienbezogene Arbeitsweise ist jedoch weithin nicht etabliert. Auf eine positive Wirkung für Kinder kann daher nur mittelbar geschlossen werden. Empirische Belege für eine durch Eheberatung erreichte Entlastung der betroffenen Kinder stehen allerdings noch aus.

In der *Erziehungsberatung*, die häufig von Verhaltensauffälligkeiten und Problemen der Kinder und Jugendlichen ausgeht, werden die Eltern in aller Regel einbezogen. Vor allem im Rahmen systemischer Therapie- und Beratungsansätze geht es darum, von einem auf das Kind bezogenen Verständnis von Konflikten zu einer Perspektive zu kommen, die sich auf den „Patient Familie“ (Richter 1972) bezieht. Der relativ hohe Anteil familientherapeutisch ausgebildeter MitarbeiterInnen in Erziehungsberatungsstellen – nach Erhebungen der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung ist Familientherapie die am häufigsten gewählte Zusatzausbildung: in den alten Bundesländern mit 32,1 % und in den neuen Bundesländern mit 21,5 % – läßt auf eine häufige Anwendung dieses Arbeitsansatzes schließen: Bereits für den Siebten Jugendbericht hat Presting (1987) belegt, daß ca. die Hälfte der Beratungsstellen unter Einbeziehung möglichst aller Familienmitglieder arbeiten. Nach den Erhebungen der Bundesstatistik zur Institutionellen Beratung waren in 50,5 % der Fälle Formen der Beratung gewählt worden, die die Familie insgesamt betreffen. Bei 82,3 % aller Hilfeformen in der Erziehungsberatung waren die Eltern einbezogen (Menne 1997, S. 221).

In einer Erhebung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke) (1994) über das Leistungsspektrum von Erziehungsberatungsstellen gaben 39,1 % der Erziehungs- und Familienberatungsstellen an, daß sie im Jahr 1993 „besondere Angebote“ oder „besondere Maßnahmen, die Müttern und Vätern helfen, ein partnerschaftliches Zusammenleben in der Familie aufzubauen“, gemacht haben. 45,5 % der an der Erhebung beteiligten Stellen hatten im selben Jahr besondere Maßnahmen zur Bewältigung von Konflikten und Krisen in der Familie als einzelfallübergreifende Angebote im Programm.

4 Trennungs- und Scheidungsberatung (§ 17 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 KJHG)

Nach § 17 Abs. 1 Satz 3 KJHG soll Beratung im Falle der Trennung und Scheidung helfen, die Bedingungen für eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen förderliche Wahrnehmung der Elternverantwortung zu schaffen, und soll nach § 17 Abs. 2 KJHG die Eltern bei der Entwicklung eines einvernehmlichen Konzepts für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge unterstützen, das als Grundlage für die richterliche Entscheidung über das Sorgerecht nach der Trennung oder Scheidung dienen kann. Damit steht § 17 KJHG paradigmatisch für die Wende, die das KJHG in der Jugendhilfe vornimmt: von der Eingriffs- zur Leistungsorientierung. Nach Coester (1991) hat sich der sozialrechtliche, hilfeleistende Interventionsansatz vor den bisher üblichen bürgerlich-rechtlichen Interventionsansatz einer gerichtlichen Entscheidung geschoben. Die Verpflichtung des Staates aus Art. 6 Abs. 2 GG, tätig zu werden, wenn die Eltern ihrer Verantwortung nicht nachkommen, wird also zunächst durch ein Leistungsangebot wahrgenommen.

Aufgrund der oben beschriebenen Bedingungen, die im Fall von Trennung oder Scheidung dem Wohl der Kinder förderlich bzw. abträglich sind, muß Beratung darauf abstellen, daß die geschiedenen oder getrennt lebenden Eltern weniger Konflikte miteinander haben und in der Erziehung ihrer Kinder zusammenarbeiten können. Dies stellt offensichtlich eine andere Qualität dar als eine auf die richterliche Entscheidung und die Entwicklung eines gemeinsamen Sorgerechtskonzepts eingegrenzte Hilfe, wie sie in vielen Fällen praktiziert wird. Erst recht sind richterliche Entscheidungen, die aufgrund parteiischer Stellungnahmen getroffen werden, im Hinblick auf eine Zusammenarbeit der geschiedenen Eltern oft kontraproduktiv, da es in deren Wahrnehmung dann meist einen Sieger und einen Verlierer gibt. Balloff (1992) weist darauf hin, daß nach einer richterlichen Entscheidung die Chance einer Verminderung des Streitgeschehens gerade dann größer sein kann, wenn von den Betroffenen Gefühle der Trauer und des Leidens zugelassen und aufgearbeitet werden. Er macht also mögliche positive Effekte von einer gelungenen Verarbeitung des Scheidungsgeschehens abhängig und verweist zugleich darauf, daß durch das streitige justizielle Verfahren Aggressionen und gegenseitige Kränkungen verstärkt werden.

Prestien (1995) definiert von daher die Rolle des Richters neu: er sei als Friedensrichter (Konfliktmanager) und nicht als Entscheidender gefordert. Der friedensrichterliche Dialog habe die vorrangige außer-

gerichtliche Beratungsarbeit zu unterstützen und dürfe ihr keinesfalls entgegenwirken.

Die bei Trennung und Scheidung von den betroffenen Eltern und Kindern zu leistenden „psychischen und handlungsorientierten Aufgaben“ (Weber 1992) und dementsprechende Beratungsaufgaben und Interventionsansätze sind an vielen Stellen beschrieben (u. a. bei Menne/Schilling/Weber 1993; Holzheuer/Lederle/Roßberger 1994; Fthenakis 1995a; Schilling 1996). Doch stellt sich wiederum die Frage, wo und wie solche Aufgaben in der Praxis der Jugendhilfe realisiert werden. Verlautbarungen von Jugendbehörden auf Landes- und kommunaler Ebene (Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit 1995; Landesjugendamt Hessen – Landesjugendhilfeausschuß 1992) beziehen sich in den meisten Fällen auf den Kontext der Beratung in Fragen der Trennung und Scheidung und Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren. Ein erweitertes Verständnis von Trennungs- und Scheidungsberatung weist die Arbeitshilfe des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz („Eltern bleiben Eltern – auch wenn sie sich trennen“; 1996) auf.

Eine Beratung nach § 17 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 KJHG erfolgt überwiegend in den Allgemeinen Sozialen Diensten der Jugendämter und in Beratungsstellen. Im *Allgemeinen Sozialen Dienst* erfolgt sie meist in enger Orientierung an dem Ziel, ein einvernehmliches Konzept für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge zu erarbeiten. Dies schließt zwar Klärung und Bearbeitung der Konfliktdynamik auf der Paarebene und die Unterstützung von vertrauensvoller Kommunikation und Kooperation zwischen den Eltern ein (vgl. exemplarisch Kreisjugendamt Kaiserslautern 1995), bleibt aber in der Regel mehr an den Aufgaben des Jugendamtes nach § 50 KJHG orientiert als an den psychischen Begleiterscheinungen und Folgen von Trennung und Scheidung.

Eheberatungsstellen sind mit der Thematik häufig in der Ambivalenzphase von Paaren befaßt. Hier wäre ein Zugang zu der Situation vieler von Trennung und Scheidung betroffener Kinder gegeben. Soweit allerdings Scheidung und deren Verarbeitung nur auf der Paarebene behandelt werden, kommt dies nur in sehr eingeschränktem Maße betroffenen Kindern und Jugendlichen zugute. Diese notwendige Arbeit für Kinder wird von Eheberatungsstellen dann erfüllt, wenn sie die Situation von Kindern ausdrücklich thematisieren und in der Beratung Konzepte für die Wahrnehmung der Elternverantwortung entwickelt werden.

Viele von Trennung oder Scheidung der Eltern betroffene Kinder und Jugendliche werden in *Erziehungsberatungsstellen* zunächst we-

gen Verhaltensauffälligkeiten vorgestellt. Daß es sich dabei um eine Form der Verarbeitung von Trennung und Scheidung oder der damit verbundenen Umstände handelt, erweist sich dann bei der Klärung bzw. Bearbeitung der gegebenen Probleme. Die Reaktionen von Kindern können im gesamten Verlauf der verschiedenen Scheidungsphasen bis weit in die Nachscheidungsphase auftreten. Soweit Erziehungsberatung die eigene Dynamik des Trennungs- und Scheidungsgeschehens aufgreift und in ihre Angebote und Maßnahmen die Erarbeitung einer Sorgerechtsregelung einbezieht, erfüllt sie Aufgaben nach § 17 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 KJHG. Ein Modell der Zusammenarbeit von Erziehungsberatung und Familiengericht formuliert Scheuerer-Englisch (1993). Das von ihm „Beratung statt Begutachtung“ benannte Vorgehen wie auch andere Kooperationsformen mit Jugendamt und Familiengericht weisen darauf hin, daß zunehmend Familien Erziehungsberatungsstellen aufsuchen, um ausdrücklich Hilfe auch im Sinn von § 17 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 KJHG zu suchen. Die Erhebung über das Leistungsspektrum von Erziehungsberatungsstellen (bke 1994, S. 43 ff.) zeigt, daß sich das Gebiet der Trennungs- und Scheidungsberatung in Erziehungsberatungsstellen in nur drei Jahren stark entwickelt hat (zum Stand 1990 vgl. Menne/Golias 1992).

5 Kinder und Jugendliche und Trennungs- und Scheidungsberatung

Adressaten der Leistungen nach § 17 KJHG sind Mütter und Väter, wenn sie für ein Kind oder einen Jugendlichen zu sorgen haben oder tatsächlich sorgen. Allerdings sind die formulierten Leistungen kaum zu realisieren, ohne daß die betroffenen Kinder und Jugendlichen beteiligt werden. Eine Beratung, die Vätern und Müttern hilft, ein partnerschaftliches Leben in der Familie aufzubauen und Konflikte und Krisen in der Familie zu bewältigen, wird die Kinder einschließen müssen, weil es letzten Endes um deren Wohl geht, das nicht „am grünen Tisch“ von Eltern und Beratern verhandelt werden kann. Auch können die Interaktionen zwischen Eltern, Kindern und Jugendlichen nicht linear oder nach einem Ursache-Wirkungs-Verhältnis verstanden werden, sondern nach dem Prinzip ständiger Rückkoppelungsprozesse. Zum „Problemsystem“ gehört, wer interaktionelle Beiträge zur Aufrechterhaltung des jeweiligen Problems leistet, zum „Lösungssystem“ gehört, wer interaktionelle Beiträge zur Lösung des genannten Problems leisten kann (Hahn/Müller 1993). Auch wird die Familie in einem sy-

stemischen Verständnis nicht mehr global als „Herd“ der Probleme von Kindern und Jugendlichen betrachtet; es geht vielmehr um die interaktionellen Vernetzungen zwischen dem Problem-(Träger) und anderen Interaktionspartnern im erweiterten sozialen Ökosystem. Jede Form der Beratungsarbeit mit familialen Subsystemen und den dazu in Bezug stehenden Ökosystemen kann also im Rahmen von Beratung nach § 17 Abs. 1 Satz 1 und 2 KJHG möglich und angemessen sein. Diese systemischen Überlegungen betreffen natürlich auch die Leistungen nach § 17 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 KJHG. In diesem Kontext wird zusätzlich die Frage der Beteiligung und Anhörung von Kindern und Jugendlichen bedeutsam. Balloff (1995) zeigt in bezug darauf verschiedene Fallkonstellationen auf. Ausdrücklich sind Kinder und Jugendliche – wie auch Eltern und andere Erziehungsberechtigte – bei Trennung und Scheidung Adressaten von Beratungsleistungen nach § 28 KJHG (Erziehungsberatung). Nach einer Erhebung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung hatten von ca. 300 000 innerhalb des Jahres 1993 in den Einrichtungen beratenen Kindern und Jugendlichen etwa 97 500 die Trennung oder Scheidung ihrer Eltern erlebt (bke 1994, S. 45). Dies sind 32,5 %. Waren 1990 erst 12,8 % unter Hinweis auf eine Trennung oder Scheidung angemeldet worden (Menne/Golias 1992), so hatte sich dieser Wert innerhalb von nur drei Jahren auf 17,0 % erhöht (Menne 1997, S. 215). Setzt man diese Daten zur Zahl der heute jährlich durch Trennung und Scheidung betroffenen ca. 135 000 Kinder und Jugendlichen in Beziehung, so wird der hohe Beitrag deutlich, den Erziehungs- und Familienberatungsstellen zur Milderung der Folgen von Trennung und Scheidung leisten.

6 Mediation

Das KJHG hat mit der Aufgabe der Trennungs- und Scheidungsberatung ein alternatives Konfliktlösungsverfahren zur Entscheidung über die künftige Wahrnehmung des Sorgerechts eingeführt. An die Stelle einer Entscheidung durch Dritte, nämlich die Justiz, tritt die „elterliche Selbstregelung“ (Coester 1992). Denn die zu treffende Sorgerechtsregelung erscheint um so tragfähiger, je stärker die Eltern selbst an ihrer Ausarbeitung beteiligt waren.

Diesem Ansatz entspricht als Verfahren die in den USA entstandene Mediation, im deutschen Sprachraum auch „Vermittlung“ (Proksch 1995) genannt. Mediation will außerhalb des Gerichts zur Entscheidung stehende Sachverhalte regeln. Sie setzt die Bereitschaft der Be-

troffenen, konfligierende Interessen auf dem Wege der Kommunikation abzustimmen und einen Kompromiß zu erarbeiten, voraus. Mediation thematisiert nicht die Gründe für den bestehenden Konflikt und bearbeitet daher auch nicht die – in Trennungs- und Scheidungssituationen oft virulenten – Gefühle des Elternpaares. Der Mediator ermöglicht durch seine Intervention allein ein sachbezogenes Verhandeln.

Das Verfahren der Mediation stellt daher hohe Anforderungen an die emotionale Stabilität der Eltern. Notwendig ist deshalb eine klare Indikationsstellung, in welchen Problemkonstellationen der Ansatz verwendbar ist. Dazu liegen bisher nur wenige Aussagen vor (Balloff/Walter 1993, S. 70; Diez/Krabbe 1995). Aus feministischer Sicht wird darauf hingewiesen, daß Frauen in den Ergebnissen benachteiligt sind (Werner-Schneider 1995).

Kinder profitieren von Mediation zunächst einmal durch das erzielte Ergebnis: die künftig geltende Sorgerechtsregelung. Allerdings ist für Kinder nicht die Regelung als solche entscheidend, sondern ihre tatsächliche praktische Umsetzung. Kinder müssen die Wirkung der Mediation erleben können.

Dies wird um so eher möglich sein, wenn Kinder in den Mediationsprozeß selbst einbezogen sind. Bisher ist dies aber wohl in das Belieben des einzelnen Mediators gestellt (Niesel 1991, S. 88). Auch sehen Mediatoren ihre Fähigkeit zur Mediation durch die Betroffenheit von Kindern und die Auseinandersetzung mit ihren Problemen in Gefahr (Diez/Krabbe 1995, S. 122). Proksch berichtet dementsprechend, daß zwar 78,5 % der Eltern mit der „Vermittlung“ zufrieden waren, aber nur 50 % darin eine „gute Lösung für das Sorgerecht unserer Kinder“ erkennen konnten (Proksch 1995, S. 153 f.). Aus der Erfahrung der Erziehungsberatung heraus hat Jaede daher die Perspektive von Kindern in der Scheidungsmediation artikuliert (Jaede 1994).

Mediation als Verfahren ist nicht begrenzt auf Fragen des Sorgerechts, sondern kann sich ebenso auf Teilung des Hausrats und des Zugewinns, auf Unterhalt und Versorgungsausgleich beziehen. Im Rahmen der Jugendhilfe bedeutet Scheidungsmediation daher immer: Teil-Mediation. Entsprechend wird eine Ausbildung zum Mediator (Bundes-Arbeitsgemeinschaft für Familien-Mediation 1995) nicht erforderlich sein. Eine solche Ausbildung ermöglicht vielmehr die freiberufliche Tätigkeit gegen Honorar.

7 Rechtsberatung im Kontext von § 17 KJHG

Eine Beratung, die ein Konzept zur Wahrnehmung der elterlichen Sorge erarbeiten soll, kann dies nicht ohne Kenntnis der sorgerechtlichen Grundsätze tun. Darüber hinaus wird eine Vereinbarung zur elterlichen Sorge nur getroffen werden können, wenn sich akzeptable Kontextbedingungen wie Übernahme der Wohnung, Kindes- und Gattenunterhalt abzeichnen. Die sozialpädagogischen Bemühungen nach § 17 Abs. 2 KJHG erfolgen notwendigerweise „im Schatten des Rechts“ (Coester). Es ist deshalb unstrittig, daß Trennungs- und Scheidungsberatung nach § 17 Abs. 2 KJHG Rechtsberatung im Sinne des Rechtsberatungsgesetzes (RBeratG) ist (Haffke 1995; Coester 1992, S. 620; Zettner 1993; Schulte-Kellinghaus 1994).

Strittig ist allerdings, ob diese Rechtsberatung nach den Ausnahmerebestimmungen des RBeratG *erlaubt* ist. § 3 Ziff. 1 RBeratG läßt Rechtsberatung zu, „die von Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit ausgeübt wird“. Haffke und mit ihm Zettner gelangen über eine enge Auslegung des Rechtsberatungsgesetzes und eine hohe Bewertung des Berufsbildes der rechtsberatenden Berufe zu dem Ergebnis, daß Rechtsberatung auch durch den öffentlichen Träger der Jugendhilfe nicht zulässig ist. Die Kommentar-Literatur zum KJHG hält dies dagegen für zulässig (Hauck/Gaertner 1991, § 17 Rz 6; Klinkhardt 1994, § 17 Rz 10; Wiesner/Kaufmann 1995, § 17 Rz 26). Für freie Träger der Jugendhilfe sieht die Kommentar-Literatur eine Erlaubnis der Rechtsberatung als fraglich an und empfiehlt die Einbeziehung von Anwälten (für andere: Wiesner/Kaufmann 1995, § 17 Rz 27). Allein Coester schließt ausdrücklich freie Träger in den Behördenvorbehalt i. S. § 3 Ziff. 1 RBeratG ein, weil anderenfalls der bedingte Vorrang freier Träger nach § 4 Abs. 2 KJHG leer laufe (Coester 1992, S. 621).

Der Verein „Anwalt des Kindes“ hat 1991 in einer Petition an den Deutschen Bundestag die Einfügung einer Ziff. 9 in die Ausnahmetatbestände nach § 3 RBeratG gefordert mit dem Wortlaut „die außgerichtliche Rechtsberatung durch anerkannte Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 KJHG für deren Geschäftsbereich“. Dies ist vom Deutschen Bundestag mit Hinweis auf die Stellungnahme des Bundesjustizministeriums (BMJ) abgelehnt worden. Das BMJ vertritt in der Stellungnahme die Auffassung, daß „die Besorgung von Rechtsgeschäften wirtschaftlicher Art oder unentgeltliche soziale Hilfeleistungen ... durch das Gesetz nicht berührt (werden)“. Nach § 5 RBeratG sei eine Rechtsberatung, „die untrennbar verbunden ist mit einer im Vordergrund stehenden Erledigung einer sozialen Angelegenheit, welche ohne diese Rechtsberatung nicht vollständig oder nicht wirksam

durchgeführt werden könnte, nicht von der Erlaubnispflicht erfaßt“. Das BMJ stützt sich dabei auf die zu § 8 Abs. 2 BSHG entwickelten Grundsätze, die sich auf die Träger der freien Jugendhilfe übertragen lassen (Deutscher Bundestag 1997 [erstmals 1994], S. 182 ff.).

Gleichwohl ist es am Landgericht Memmingen zu einem Prozeß gegen eine kommunale Erziehungsberatungsstelle gekommen. Das Gericht legt in seinem Beschluß dar, daß keine unerlaubte Rechtsberatung vorlag, hat jedoch wegen einvernehmlicher Regelung der Parteien letztlich nicht entschieden (Landgericht Memmingen 1997 [erstmals 1995], S. 238 ff.).

Neuerdings ist beim Landgericht Wiesbaden ein Verfahren gegen eine frei getragene Beratungsstelle anhängig. Gerade in diesem Bereich bestehen aufgrund der zögerlichen Kommentierung (Jans/Happe/Saurbier [1991] haben § 17 KJHG noch nicht bearbeitet) Unsicherheiten. Die Auffassung des BMJ ist von den Kommentatoren offenbar nicht zur Kenntnis genommen worden. Eine ausdrückliche Regelung in einer Ziff. 9 von § 3 RBeratG würde daher Klarheit schaffen.

8 Pluralität der Träger/Wunsch- und Wahlrecht

Die „Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung“ ist dem Zweiten Abschnitt des Zweiten Kapitels des KJHG zugeordnet. Sie zählt damit zu den „Leistungen der Jugendhilfe“. Für alle Leistungen der Jugendhilfe gilt, daß sie von „Trägern der freien und von Trägern der öffentlichen Jugendhilfe erbracht“ werden können (§ 3 Abs. 2 KJHG). Jugendhilfe ist gerade gekennzeichnet durch eine Vielfalt von Trägern unterschiedlicher Wertorientierungen (§ 3 Abs. 1 KJHG). Darüber hinaus gewährt § 4 Abs. 2 KJHG den Trägern der freien Jugendhilfe einen bedingten Vorrang: „Soweit geeignete Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe betrieben oder rechtzeitig geschaffen werden können, soll die öffentliche Jugendhilfe von eigenen Maßnahmen absehen“ (§ 4 Abs. 2 KJHG). Der Vielfalt der Träger korrespondiert bezogen auf die Leistungsberechtigten ein Wunsch- und Wahlrecht: Sie „haben das Recht, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen“ (§ 5 KJHG).

Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte von § 17, insbesondere § 17 Abs. 2 KJHG verdeutlicht, warum diese allgemeinen Grundsätze der Jugendhilfe bei der Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung nicht immer volle Anwendung finden: Auf der Grund-

lage des JWG war das Jugendamt nach § 48 i.V.m. 48a zur Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren bei Trennung und Scheidung verpflichtet und hat nach etablierter Praxis eine Stellungnahme zum künftigen Sorgerecht abgegeben. Gleichwohl entwickelten und praktizierten einzelne Jugendämter bereits unter Geltung des JWG einen Beratungsansatz (vgl. für andere: Kaufmann 1991).

Der Referentenentwurf vom 8.8.1988 hat versucht, die Praxis der Stellungnahme der Jugendämter durch eine Beratungslösung zu ersetzen, die in § 15 Abs. 2 RefEntw. verankert war. Gegenüber dem Familiengericht war daher nur mehr eine Unterrichtung „über das Ergebnis der Beratungsangebote“ vorgesehen (§ 33 Abs. 3 RefEntw.). Intendiert war somit eine Umgestaltung bisheriger hoheitlicher Aufgaben des Jugendamtes, wie sich auch noch aus dem Wortlaut von § 15 Abs. 2 RefEntw. ablesen läßt: „Im Fall der Trennung soll *das Jugendamt* (Hervorhebung durch die Autoren) Hilfe leisten ...“.

Im weiteren Gesetzgebungsverfahren sind demgegenüber zwei wesentliche Veränderungen vorgenommen worden: 1. § 15 Abs. 2 RefEntw. wurde zum heutigen § 17 Abs. 2 KJHG umformuliert. D.h. das Jugendamt blieb zwar weiterhin Normadressat, wie bei allen Leistungen, aber nicht mehr alleiniger Leistungserbringer. 2. § 33 RefEntw. erhielt die Fassung des heutigen § 50 KJHG mit der Folge, daß nicht nur Ergebnisse einer Beratung mitzuteilen sind, sondern eine auch unabhängig von Beratung bestehende Mitwirkungspflicht des Jugendamtes festgeschrieben wurde (vgl. Oberlandesgericht Frankfurt am Main 1991, zit. in bke 1997).

In der Praxis verstehen Jugendämter die Aufgabe einer Beratung bei Trennung und Scheidung insbesondere zur Entwicklung eines einvernehmlichen Konzepts für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge weiterhin als originäre Jugendamtsaufgabe, die in der Regel dem Allgemeinen Sozialen Dienst übertragen ist. Dies hat dazu geführt, daß Angebote freier Träger nicht immer in dem möglichen Ausmaß aufgebaut worden sind. An die Stelle des rechtlich gegebenen „bedingten Vorrangs“ freier Träger ist dann ein praktischer Vorrang des öffentlichen Trägers getreten.

Dies wird auch dadurch befördert, daß Beratung nach § 17 KJHG in einer großen Mehrzahl der Fälle erst aufgenommen wird, wenn das Familiengericht gemäß § 49, 49a FGG eine Mitteilung über das anhängige Scheidungsverfahren an das örtliche Jugendamt schickt, weil das Jugendamt zur Mitwirkung nach § 50 Abs. 1 und 2 KJHG verpflichtet ist.

Die Pluralität der Träger und damit das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten wird schließlich immer dann eingeschränkt, wenn die Förderung eines Beratungsangebotes eines freien Trägers zu

§ 17 KJHG von dessen Bereitschaft, zugleich Mitwirkungsaufgaben des Jugendamtes nach § 50 KJHG zu übernehmen, abhängig gemacht wird. Eine solche Verknüpfung ist jedoch rechtlich nicht zulässig (Wiesner/Kaufmann 1995, § 17 Rz 46).

Das KJHG hat „Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung“ als Leistungsangebot konzipiert. In der Praxis werden die damit verbundenen Konsequenzen nicht im notwendigen Umfang gezogen. Es ist erforderlich, im Rahmen der Jugendhilfeplanung nach § 80 KJHG eine Pluralität der Träger sicherzustellen, damit das Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen nicht leerläuft. Ebenso sollte sichergestellt werden, daß die Eltern auf *alle* am Ort bestehenden Beratungsangebote, durch die Aufgaben des § 17 wahrgenommen werden, hingewiesen werden (vgl. Deutscher Verein 1992, Ziff. 6).

9 Leistung und Wächteramt

Nach Inkrafttreten des KJHG hat sich eine Diskussion entwickelt über das Verhältnis der Beratungsleistung nach § 17 KJHG und die Aufgabe der Mitwirkung nach § 50 KJHG. Beide Aufgaben stehen in unterschiedlichen Kontexten. Während die Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung dem Leistungskapitel zugeordnet ist mit der Folge, daß freien Trägern bei der Erbringung der Leistung ein bedingter Vorrang zukommt, zählt die „Mitwirkung“ zu den „anderen“ Aufgaben, die systematisch im Dritten Kapitel versammelt sind. „Andere Aufgaben“ der Jugendhilfe werden nach § 3 Abs. 3 KJHG von den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe wahrgenommen. Zwar können auch freie Träger solche Aufgaben übernehmen, jedoch nur soweit dies ausdrücklich im Gesetz bestimmt ist. Für die Aufgaben nach § 50 Abs. 1 und 2 KJHG ist eine Beteiligung freier Träger gemäß § 76 Abs. 1 KJHG an der Durchführung möglich. Aber auch dann bleiben die Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Erfüllung der Aufgaben verantwortlich (§ 76 Abs. 2 KJHG). Die Garantenstellung des öffentlichen Trägers bleibt durch die Übertragung von Aufgaben unberührt.

So sehr die Aufgaben nach §§ 17 und 50 KJHG mit der konkreten Scheidung eines Elternpaares zusammenhängen, stellen sie doch unterschiedliche Lösungswege dar. Die Beratung dient der Stärkung der elterlichen Entscheidungsautonomie und strebt eine eigene Regelung der künftigen Wahrnehmung elterlicher Sorge an. Die Mitwirkung dagegen ist Ausdruck des staatlichen Wächteramtes und an den Kontext

einer Entscheidung durch Dritte, nämlich das Familiengericht, innerhalb eines kontradiktorischen Verfahrens gebunden. Aus dieser unterschiedlichen rechtlichen Stellung von Beratung und Mitwirkung ist die Notwendigkeit einer funktionalen Trennung beider Aufgaben gefolgert und die Gewährleistung von Rollenklarheit gegenüber den Betroffenen gefordert worden (Balloff 1991, 1992; Bayerisches Staatsministerium 1995, S. 143 ff.; Coester 1992, S. 621; Haffke 1995*, S. 104; Hinz 1992, § 17 Rz 10; Kaufmann 1991, S. 332 ff.; Krug 1994, S. 19 ff.; Mähler/Mähler 1995*, S. 38; Menne 1992, S. 69; Müller-Alten 1991; Münder u. a. 1991, § 17 Rz 6; Tauche 1992, S. 105; Willutzki 1994, S. 204).

Die organisierte Jugendhilfe ist diesen in der Fachdiskussion vorgezeichneten Weg nicht gegangen, sondern hat sich bemüht, das ursprüngliche Ziel eines Beratungsansatzes *anstelle* einer jugendamtlichen Stellungnahme zu erreichen, indem sie Beratung als das Medium betrachtet, mit dem die Aufgaben nach § 50 KJHG erreicht werden sollen. Wenn dem so wäre, hätte es nicht einer gesetzlichen Regelung an zwei unterschiedlichen Orten bedurft.

Die „Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Beratung in Fragen der Trennung und Scheidung und zur Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren“ (Deutscher Verein 1992) bringen das Dilemma zum Ausdruck: „Der gesellschaftliche Auftrag und die Arbeitsansätze der Jugendhilfe und des Familiengerichts sind wesensgemäß verschieden:

- Die Beratungsarbeit nach § 17 KJHG verlangt einen geschützten Raum, in dem die Eltern in die Lage versetzt werden, sich vertrauensvoll zu offenbaren, ohne befürchten zu müssen, daß ihre Informationen gegen ihren Willen durch die Jugendhilfe an das Gericht weitergegeben werden.
- Im Gerichtsverfahren werden die Lebensumstände der Familie insbesondere auch mit dem Ziel aufgeklärt, eine endgültige Entscheidung über das Sorgerecht für das Kind zu treffen“ (Deutscher Verein 1992, S. 150). Gleichwohl treten die Empfehlungen für die Wahrnehmung beider Aufgaben in einer Person ein: „Wenn Trennungs- und Scheidungsberatung nach § 17 KJHG durch einen freien Träger erbracht wird, sollte von diesem im Interesse der Einheit des Beratungsprozesses für den jeweiligen Fall auch die Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren (§ 50 KJHG) unter Zugrundelegung der vorliegenden Empfehlungen übernommen werden (§ 76 Abs. 1 KJHG)“ (Deutscher Verein 1992, S. 151). Mähler und Mähler (1995) sprechen deshalb von einer „falsch verstandenen Ganzheitlichkeit“. Die Kommentarliteratur zum KJHG hat sich diesen Empfehlungen

* Diese Publikationen beruhen auf bereits 1992 gehaltenen Vorträgen.

mit Ausnahme von Mrozynski (1991, S. 73) und Klinkhardt (1994, § 17 Rz 11) gleichwohl, wenn z.T. auch zögernd (Münder u. a. ²1993, § 17 Rz 10 und 11; Wiesner/Kaufmann 1995, § 17 Rz 41 und 42; die beide frühere Positionen revidiert haben), angeschlossen.

Die Empfehlungen des Deutschen Vereins sind datenschutzrechtlich nicht überzeugend. Da Daten zum Zweck der jeweiligen Aufgabe erhoben werden (§ 62 Abs. 1 KJHG), sind Beratungsdaten vor einer Verwendung in anderem Kontext geschützt; Daten, die aufgrund der Mitwirkungsaufgabe erhoben werden, bleiben jedoch für eine Übermittlung an das Familiengericht frei. Dies ist nämlich ihr Erhebungszweck. Die Konstruktion eines Datenschutzes bei der Mitwirkung aufgrund einer vielleicht noch zu beginnenden Beratung nach § 17 KJHG (Deutscher Verein 1992, S. 151) kann nicht überzeugen. Eine klare Problemanalyse gibt dagegen Müller-Alten (1991).

Das Verhältnis von Beratung und Mitwirkung muß dann nicht konflikthaft sein, wenn beide Elternteile innerhalb der Beratung zu einem einvernehmlichen Konzept der elterlichen Sorge gekommen sind. Für die Mitwirkung verbleibt dann keine eigene Aufgabe mehr. (Zur Handhabung dieser Konstellation vgl. im einzelnen: Bundeskonferenz für Erziehungsberatung 1997, S. 51 f.)

Anders ist die Situation, wenn eine Beratung nach § 17 Abs. 2 KJHG zu keinem Ergebnis geführt hat. Hier erhält die Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren ihr volles Gewicht. Nach einer gescheiterten Beratung sollte daher die Aufgabe der Familiengerichtshilfe durch andere Fachkräfte wahrgenommen werden (für andere, ausführlich: Bayerisches Staatsministerium 1995, S. 146 ff.). Führt jedoch dieselbe Fachkraft auch die Mitwirkung durch, so ergeben sich in der Praxis zwei kritische Punkte: (1) Die Fachkraft kann durch diese Situation überfordert sein und gibt Daten trotz § 65 KJHG an den Richter weiter im besten Glauben, ihm so zu einer Entscheidung zu verhelfen. (2) Nach den Vorstellungen des Deutschen Vereins sollen die Eltern bzw. Elternteile selbst entscheiden, welche ihrer dem Schutz von § 65 KJHG unterliegenden Daten an das FamG weitergeleitet werden können. Gerade in Scheidungssituationen, insbesondere nach einem gescheiterten Beratungsversuch, sind die Eltern jedoch kaum in der Lage, einem Modell rationalen Handelns und Entscheidens zu entsprechen: Sie übersehen die Folgen ihrer Einwilligung nicht.

Aufgrund solcher Erfahrungen werden auf örtlicher Ebene daher Formen der personellen Trennung von Beratung und Mitwirkung erprobt.

10 Perspektive Kindschaftsrechtsreform

Nach geltendem Recht ist im Falle einer Scheidung, wenn minderjährige Kinder vorhanden sind, durch das Familiengericht über die Sorge für ein gemeinschaftliches Kind zu entscheiden (§ 1671 Abs. 2 BGB). Diese Entscheidung ist nach § 623 ZPO zusammen mit der Scheidungssache selbst zu treffen (Scheidungsverbund). Eines Antrages zur Sorgerechtsentscheidung bedarf es nicht. Das Familiengericht handelt von Amts wegen. Es nimmt so das staatliche Wächteramt aus Art. 6 Abs. 2 GG wahr. Durch § 49, 49a FGG ist das FamG ferner verpflichtet, bei jeder Sorgerechtsentscheidung nach § 1671 BGB das Jugendamt zu hören. Dieser Bestimmung korrespondiert die Verpflichtung des Jugendamtes nach § 50 Abs. 1 und 2 KJHG, das FamG zu unterstützen bzw. zu unterrichten. Die in der Jugendhilfe kontrovers gesehene Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren hat – soweit diese sich auf Trennung und Scheidung bezieht – innerhalb dieses institutionalisierten Mechanismus sozialer Kontrolle ihren Ort.

Die Bundesregierung hat am 13. Juni 1996 den Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Kindschaftsrechts in den Bundestag eingebracht, der u. a. die elterliche Sorge nach einer Scheidung neu regeln soll und dadurch – bei Beschluß¹ – Auswirkungen auf Aufgaben der Jugendhilfe haben wird.

Der Gesetzentwurf nimmt eine langjährige Reformdiskussion auf, an der sich u. a. der 59. Deutsche Juristentag (1992), der Deutsche Familiengerichtstag (1993), der Deutsche Verein (1995) und die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (1995) beteiligt haben.

Nach dem nun vorliegenden Gesetzentwurf soll § 1671 BGB die folgende Fassung erhalten:

§ 1671

(1) Leben Eltern, denen die elterliche Sorge gemeinsam zusteht, nicht nur vorübergehend getrennt, so kann jeder Elternteil beantragen, daß ihm das Familiengericht die elterliche Sorge allein überträgt.

(2) Dem Antrag ist stattzugeben, soweit

1. der andere Elternteil zustimmt, es sei denn, daß das Kind das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat und der Übertragung widerspricht, oder

2. zu erwarten ist, daß die Aufhebung der gemeinsamen Sorge und die Übertragung auf den Antragsteller dem Wohl des Kindes am besten entspricht.

(3) Dem Antrag ist nicht stattzugeben, soweit die elterliche Sorge auf Grund anderer Vorschriften abweichend geregelt werden muß.

Damit wird die Verpflichtung, in jedem Scheidungsverfahren, bei dem minderjährige Kinder betroffen sind, durch das FamG über die elterliche Sorge zu entscheiden, aufgehoben. Die während einer Ehe bestehende gemeinsame Sorge gilt grundsätzlich fort. Nur dann, wenn ein Elternteil die Entscheidung über das künftige Sorgerecht *beantragt*, erfolgt eine Entscheidung des FamG (Deutscher Bundestag 1996, S. 98). Der Bundesrat hat dazu keine Gegenvorstellungen vorgebracht.

Zugleich soll § 17 Abs. 2 KJHG geändert werden. Der letzte Halbsatz soll die Fassung erhalten: „... dieses Konzept kann auch als Grundlage für die richterliche Entscheidung über die elterliche Sorge nach Trennung oder Scheidung dienen“. Mit dieser Neufassung soll der Aufhebung des Zwangsverbundes Rechnung getragen werden² (ebd., S. 140). Der Bundesrat hat in seiner Gegenäußerung vorgeschlagen, § 17 KJHG wie folgt zu ändern:

§ 17 KJHG

(1) Mütter und Väter haben im Rahmen der Jugendhilfe Anspruch auf Beratung in Fragen der Partnerschaft, wenn sie für ein Kind oder einen Jugendlichen zu sorgen haben oder tatsächlich sorgen.

(2) Im Falle der Trennung oder Scheidung sind Eltern unter angemessener Beteiligung des betroffenen Kindes oder Jugendlichen bei der Entwicklung eines einvernehmlichen Konzepts für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge zu unterstützen; dieses Konzept kann auch als Grundlage für die richterliche Entscheidung über die elterliche Sorge nach Trennung oder Scheidung dienen.

Zur Begründung führt der Bundesrat aus:

Die Neuordnung der elterlichen Sorge ist geprägt von mehr Elternautonomie bei der Ausgestaltung der sorgerechtlichen Verhältnisse; sie ist damit offen für unterschiedliche Sorgekonstellationen. Die praktische Handhabung entsprechender Gestaltungsmöglichkeiten erfordert den Ausbau und die Qualifizierung des vorhandenen Beratungsangebots der Jugendhilfe. Dem hohen Beratungsbedarf von Eltern soll dadurch Rechnung getragen werden, daß die Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung

nach § 17 SGB VIII – wie schon die Beratung bei der Ausübung der Personensorge oder des Umgangsrechts (§ 18 Abs. 1 und 4 SGB VIII) – nicht nur als Soll-Leistung, sondern als Anspruchsleistung ausgestaltet wird.

Da in der Praxis im Rahmen der Trennungs- und Scheidungsberatung trotz § 8 Abs. 1 SGB VIII die Beteiligung der von der Trennung und Scheidung der Eltern betroffenen Kinder und Jugendlichen unterschiedlich gehandhabt wird und großteils unterbleibt, sollte in § 17 Abs. 2 SGB VIII deren Beteiligung bei der Erarbeitung außergerichtlicher Sorgepläne und von Sorgerechtskonzepten für gerichtliche Verfahren grundsätzlich verpflichtend vorgesehen werden (ebd., S. 163).

Die Bundesregierung hat diesem Vorschlag zugestimmt mit dem Hinweis, daß bei dieser Neufassung § 17 Abs. 1 Satz 2 KJHG unverändert erhalten bleibt (ebd., S. 173). Damit wird künftig ein Rechtsanspruch auf die Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung geschaffen.³

Der Vorschlag des Gesetzentwurfs, vom Weiterbestehen gemeinsamer elterlicher Sorge nach einer Trennung oder Scheidung auszugehen, hat eine erneute Debatte ausgelöst, ob damit dem Wächteramt des Staates hinreichend Rechnung getragen wird oder ob nicht eine Verpflichtung bestehe, die von den Eltern vorgesehene Wahrnehmung der elterlichen Sorge zu prüfen. Der Bundesrat hat in diesem Kontext vorgeschlagen, in § 622 Abs. 2 Satz 1 ZPO eine Verpflichtung aufzunehmen, in der Antragsschrift zum Scheidungsverfahren Angaben über das Vorhandensein minderjährigen Kinder zu machen und § 613 Abs. 1 ZPO durch den Satz zu ergänzen:

Sind gemeinsame minderjährige Kinder vorhanden, hört das Gericht die Ehegatten auch zur elterlichen Sorge an und weist auf bestehende Möglichkeiten der Beratung durch die Beratungsstellen und Dienste der Jugendhilfe hin (ebd., S. 160).

Der Bundesrat will durch diese Regelung sicherstellen, daß die Gestaltung des Sorgerechts nicht aus vordergründigen Motiven aus dem Scheidungsverfahren ausgeklammert wird, sondern durch den ausdrücklichen Hinweis auf die Beratungsmöglichkeiten der Jugendhilfe das Wohl der gemeinsamen Kinder im Blick behalten wird (ebd., S. 160). Die Bundesregierung hat beiden Vorschlägen nicht zugestimmt.

Der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages hat am 24. Februar

1997 eine Anhörung zur Kindschaftsrechtsreform durchgeführt, bei der die Gutachter sich für die in den Änderungsvorschlägen des Bundesrates zur ZPO zum Ausdruck kommenden Gesichtspunkte ausgesprochen haben.

Wenn die Kindschaftsrechtsreform in den hier in Rede stehenden Punkten zum Tragen kommt,

- entfällt der Scheidungsverbund,
- wird in § 17 KJHG ein Beratungsangebot mit Rechtsanspruch geschaffen,
- sind Kinder und Jugendliche in der Beratung nach § 17 Abs. 2 KJHG unmittelbar zu beteiligen,
- wird eine Mitwirkung des Jugendamtes nach § 50 Abs. 1 und 2 KJHG nur noch in den Fällen erforderlich, in denen ein Elternteil einen Antrag auf Entscheidung über die elterliche Sorge stellt.

Das Beratungsangebot zu Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung wird also künftig von den Eltern in Anspruch genommen werden, ohne daß eine gerichtliche Entscheidung ansteht. Es erhält damit klarer den Leistungscharakter, der ihm bereits heute rechtssystematisch zukommt; die Mitwirkung des Jugendamtes ist dagegen nur noch nach einem Antrag der Eltern auf Entscheidung über das Sorgerecht erforderlich. Sie ist damit klar dem justiziellen Verfahren zugeordnet. Damit müßte eine Basis geschaffen sein, auf der die bisherige Debatte zu den §§ 17 und 50 durch eine klare Aufgabentrennung beendet wird.

Offen ist derzeit, ob die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung der ZPO erfolgt⁴.

Der Zehnte Jugendbericht sollte sich dafür aussprechen,

- daß das Vorhandensein von minderjährigen Kindern im Scheidungsverfahren angezeigt wird,
- daß die vorgesehene Wahrnehmung der elterlichen Sorge dem Gericht vorgetragen wird und
- daß das Familiengericht die Eltern auf das in der Jugendhilfe bestehende Beratungsangebot hinweist.

11 Voraussetzungen für langfristig tragfähige Lösungen

Beratung nach § 17 Abs. 1 Satz 3 KJHG sowie auch Mediation ist häufig sehr pragmatisch auf die Entwicklung eines gemeinsamen Konzeptes für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge angelegt. Zugunsten einer schnellen Abwicklung des Scheidungsverfahrens werden dabei

nicht selten von allen Beteiligten, einschließlich der Eltern, Kompromisse eingegangen, die eine tieferliegende Konfliktdynamik wenig berücksichtigen. Aus psychodynamischer Sicht läßt sich sagen, daß ein solches Vorgehen eine Abwehr von Gefühlen der Trauer, der Wut und der Angst begünstigen kann.

Der Verlauf von Trauerreaktionen (vgl. z.B. Holzheuer/Lederle/Roßberger 1994) und die Prozeßhaftigkeit des Trennungsgeschehens lassen es eher als unwahrscheinlich erscheinen, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt der Trennungsphase übersehen werden kann, welche zum Scheidungsprozeß gehörigen Gefühle und Einstellungen bedeutsam sind oder werden können. U.a. psychosomatische Reaktionen Betroffener belegen, daß nicht alle zum Scheidungsgeschehen gehörigen Emotionen rational kontrollierbar sind (vgl. dazu auch Figdor 1991 und 1994). Wallerstein/Blakeslee (1989) zeigen in ihrer Langzeituntersuchung, daß bei vorübergehend symptomfreien Kindern in späteren Untersuchungen wiederum Symptome aufgetreten waren. Hehl/Dornette (1996) machen die Notwendigkeit einer adäquaten Verarbeitung deutlich („Ohne Verarbeitung keine Vermittlung“).

Es ist daher die seelische Verarbeitung von Konflikten und Gefühlen erforderlich, damit diese nicht langfristig wieder aufbrechen und dadurch eine stabile Entwicklung der Kinder gefährden. Dazu bedarf es der einfühlsamen Arbeit sowohl mit den betroffenen Kindern wie mit dem sich trennenden Elternpaar.

12 Beratung und Unterstützung bei der Personensorge (§ 18 Abs. 1 und 4 KJHG)

Mit der Entscheidung des Familiengerichts nach geltendem Recht über die künftige Regelung zum Sorgerecht ist die elterliche Konfliktsituation in vielen Fällen noch nicht verarbeitet und bewältigt. Es kommt daher häufig zu Auseinandersetzungen bei der Ausübung des Personensorgerechts bzw. des komplementären Umgangsrechts. § 18 KJHG setzt deshalb das Beratungsangebot bei Partnerschaft, Trennung und Scheidung konsequent fort.

Adressaten der Leistung sind alleinerziehende Mütter und Väter (Abs. 1), denen sowohl in rechtlichen wie auch in erzieherischen und finanziell-wirtschaftlichen Fragen Unterstützung zu gewähren ist (Schellhorn/Wienand 1991, § 18 Rz 5), und nichtsorgeberechtigte Mütter und Väter hinsichtlich der Ausübung des Umgangsrechts. Es

sind damit alle möglichen Konfliktdimensionen der Nachscheidungs-familie erfaßt: das Aufbrechen nicht verarbeiteter Partnerschaftskonflikte (Wiesner/Kaufmann 1995, § 18 Rz 18), Schwierigkeiten bei der Umgangsregelung, aber auch erzieherische Probleme, die sich etwa aus der besonders belasteten Situation von Alleinerziehenden (Niepel 1994, S. 60 ff.) ergeben. Die Leistung ist mit einem Rechtsanspruch ausgestattet.

Die Aufgabe wird vom Allgemeinen Sozialen Dienst insbesondere im Zusammenhang mit den Unterstützungsaufgaben bei Unterhaltsansprüchen sowie Problemen mit der Umgangsregelung wahrgenommen.

Erziehungs- und Familienberatungsstellen akzentuieren den interaktionsdynamischen Aspekt und bemühen sich, unter Einbezug möglichst beider Elternteile förderliche Bedingungen für eine dem Wohl des Kindes entsprechende Erziehung zu schaffen.

Nach der Erhebung des Statistischen Bundesamtes zur Institutionellen Beratung lebten 1993 21,5 % aller in der Erziehungs- und Familienberatung betreuten Kinder und Jugendlichen bei einem alleinerziehenden Elternteil (Menne 1997, S. 212). Die Beratungsstellen reagieren auf diese Tatsache, wie eine Erhebung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung gezeigt hat, mit konzeptionell besonders auf Alleinerziehende ausgerichteten Angeboten, wie Elterngruppen für Alleinerziehende und Kindergruppen. Auch die nichtsorgeberechtigten Elternteile gehören zu ihrer üblichen Klientel. Allerdings sind für diesen Personenkreis konzeptionell besondere beraterische Maßnahmen nur bei 5 % der Einrichtungen angeboten worden (bke 1994, S. 25 f.).

Die Aufgabe der Unterstützung bei der Ausübung des Umgangsrechts schließt auch die Möglichkeit ein, daß sich Kind und nichtsorgeberechtigter Elternteil in den Räumen des Jugendamtes oder der Erziehungsberatungsstelle treffen. Diese Möglichkeit boten 1993 40 % der Erziehungs- und Familienberatungsstellen (ebd., S. 26).

Bei problematischen Eltern-Kind-Verhältnissen, z.B. bei Verdacht auf Gewaltanwendung oder Mißbrauch, kann es sinnvoll sein, den tatsächlichen Kontakt durch eine Fachkraft begleiten zu lassen (Münder u. a. ²1993, § 18 Rz 2). Die Umsetzung dieser Aufgabe eines „betreuten Umgangs“ steht erst noch am Anfang. Dabei wird es darauf ankommen, daß Betreuung sich nicht auf die bloße Anwesenheit eines Dritten reduziert. Diese sensible Situation setzt voraus, daß die betreuende Person das Vertrauen des oder der Kinder genießt, daß angemessene räumliche und personelle Bedingungen geschaffen sind und das Angebot qualitativ ausgestaltet wird. Für erste Konzepte vgl. Reinhard (1995) und Mayer/Meixner (1997).

Durch die bevorstehende Kindschaftsrechtsreform ist auch § 18

KJHG betroffen. Obwohl in Abs. 1 von Müttern und Vätern die Rede ist, die *allein* für ein Kind oder einen Jugendlichen zu sorgen haben oder tatsächlich sorgen, ist eine Änderung des Textes nicht vorgesehen. Schellhorn und Wienand weisen darauf hin, daß bereits heute auch Eltern mit gemeinsamem Sorgerecht anspruchsberechtigt sind (1991, § 18 Rz 4). Dies wurde im Gesetzgebungsverfahren offenbar ähnlich gesehen, denn eine ergänzende Formulierung wurde auch seitens des Bundesrates nicht eingebracht, der ja bei § 17 KJHG weitergehende Regelungen durchgesetzt hat. Die Berichtskommission sollte unterstreichen, daß auch bei Fortbestand des gemeinsamen elterlichen Sorgerechts nach einer Scheidung die Anspruchsvoraussetzungen von § 18 KJHG erfüllt sind.

Eine Änderung ist nach den Gesetzgebungsmaterialien für Abs. 4 vorgesehen, der die neue Nummer 3 erhält. Diese Änderung der Nummerierung geht auf das derzeit ebenfalls im parlamentarischen Verfahren befindliche Beistandsschaftsgesetz zurück. Abs. 3 soll künftig lauten:

§ 18 Abs. 3

(3) Kinder und Jugendliche sollen darin unterstützt werden, daß die Personen, die nach Maßgabe der §§ 1684, 1685 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum Umgang mit ihnen berechtigt sind, von diesem Recht zu ihrem Wohl Gebrauch machen. Eltern, andere Personensorgeberechtigte sowie Personen, in deren Obhut sich das Kind befindet, haben Anspruch auf Beratung und Unterstützung bei der Ausübung des Umgangsrechts. Bei der Befugnis, Auskunft über die persönlichen Verhältnisse des Kindes zu verlangen, bei der Herstellung von Umgangskontakten und bei der Ausführung gerichtlicher oder vereinbarter Umgangsregelungen soll vermittelt und in geeigneten Fällen Hilfestellung geleistet werden.

Bei Inkrafttreten werden nicht nur wie bisher umgangsberechtigte Elternteile, sondern auch andere Personen, in deren Obhut sich das Kind befindet, Anspruch auf Beratung und Unterstützung haben. Kinderpolitisch bedeutsamer ist aber, daß diese Fassung Kindern und Jugendlichen selbst einen Anspruch auf Unterstützung gewährt gegenüber Personen, die nach § 1684, 1685 BGB zum Umgang mit ihnen berechtigt sind.⁵

13 Scheidungskinder in Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses

Die Trennung oder Scheidung eines Elternpaares kann vielfältige Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der betroffenen Kinder haben. Dabei ergeben sich „Scheidungsfolgen“ z.T. erst in deutlicher zeitlicher Distanz zum Auseinandergehen der Eltern. Wenn eine Verarbeitung dieser lebensgeschichtlichen Erfahrung nicht gelingt und die betroffenen Kinder und Jugendlichen ein in starkem Maße auffälliges soziales Verhalten entwickeln, kann auch die Inanspruchnahme einer erzieherischen Hilfe außerhalb des Elternhauses erforderlich werden.

Aus den Daten des Statistischen Bundesamtes läßt sich der Anteil der Kinder und Jugendlichen näher bestimmen, die bei *Beginn* der Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses bereits die Trennung oder Scheidung ihrer Eltern erlebt hatten. Die Erhebung des Statistischen Bundesamtes bietet dazu zwei Indikatoren:

- den Familienstand der Eltern/des sorgeberechtigten Elternteils und
- die Art des Aufenthaltes vor der Hilfefewährung.

Die Angabe zum Familienstand scheint die gewünschte Information direkt zur Verfügung zu stellen, da die Merkmale „verheiratet, getrennt lebend“ und „geschieden“ ausdrücklich erhoben werden. Gleichwohl sind diese Angaben für die hier angesprochene Frage nicht ausreichend, da die Statistik im Falle der Wiederheirat/neuen Partnerschaft des sorgeberechtigten Elternteils diesen als „verheiratet, zusammenlebend“ erfaßt. Mit dieser Einschränkung ergeben sich die Werte aus Tabelle 1:

Tabelle 1: Kinder und Jugendliche in ausgewählten Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses nach Familienstand bei Beginn der Hilfe 1995 (abs. und %)

Tagesgruppen					
insgesamt	getrennt	% (1)	geschieden	% (2)	Summe (1+2)
5.882	726	12,3	1.657	28,2	40,5 %
Vollzeitpflege					
11.315	1.711	15,1	2.947	26,0	41,1 %
Heimerziehung					
27.865	2.985	10,7	8.920	32,0	42,7 %

Quelle: Statistisches Bundesamt 1997, S. 31 ff.

Das heißt, allein personenstandsrechtlich betrachtet haben 40 % der Kinder und Jugendlichen, die 1995 eine Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses begonnen haben, die Trennung oder Scheidung ihrer Eltern erlebt.

Da aber viele Kinder in Stieffamilien leben und ein Elternteil erneut geheiratet hat, seien hier auch die Daten zum *Aufenthalt* des Kindes oder Jugendlichen vor dem Beginn einer HzE wiedergegeben. Der Aufenthalt wird erfaßt durch die Kategorien: Eltern, Elternteil mit Stiefelternteil/Partner, alleinerziehender Elternteil, Großeltern/Verwandte, Pflegefamilie, Heim, Wohngemeinschaft, eigene Wohnung, ohne feste Unterkunft. Eine Trennung oder Scheidung eines Elternteils wird – wenn auch nicht zwangsläufig in allen Fällen – bei Angabe des Aufenthaltsortes „Elternteil mit Stiefelternteil/-Partner“ und „alleinerziehender Elternteil“ erfolgt sein. (Natürlich können auch bei den anderen Aufenthaltsorten Trennungen bzw. Scheidungen vorausgegangen sein.) Stützt man sich auf diese beiden genannten Merkmale, so ergeben sich die Werte aus Tabelle 2:

Tabelle 2: Kinder und Jugendliche in ausgewählten Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses nach ausgewähltem Aufenthalt bei Beginn der Hilfe 1995 (abs. und %)

Tagesgruppen					
insgesamt	alleinerziehend	% (1)	Stieffamilie	% (2)	Summe (1+2)
5.882	2.478	42,1	944	16,0	58,1 %
Vollzeitpflege					
11.315	4.287	37,9	1.481	13,1	51,2 %
Heimerziehung/betreute Wohnform					
27.865	8.719	31,3	6.198	22,2	53,5 %

Quelle: Statistisches Bundesamt 1997, S. 19 ff.

Zwischen 50 und 60 % aller Kinder und Jugendlichen, die 1995 in einer der drei genannten Hilfeformen untergebracht worden sind, lebten bei einem alleinerziehenden Elternteil bzw. in einer Stieffamilie. Auch wenn man berücksichtigt, daß zu den Alleinerziehenden auch Verwitwete oder Ledige ohne Partner zählen, stammt etwa jedes zweite Kind in diesen Hilfeformen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit aus einer Herkunftsfamilie, in der sich das Elternpaar getrennt hat bzw. geschieden worden ist. Dabei war der Anteil der aus einer Stieffamilie kom-

menden Kinder um so größer je institutionalisierter die Hilfe war: Vollzeitpflege 13,1 %, Tagesgruppe 16,0 % und Heimerziehung/betreutes Wohnen 22,2 %. Gerade der Versuch einer Normalisierung des eigenen Lebens des sorgeberechtigten Elternteils in einer Zweitehe/Zweitbeziehung führt für die Kinder und Jugendlichen in verstärktem Maße zur Inanspruchnahme von Tagesgruppe und Heimerziehung. Die dargestellten Werte ändern sich nur geringfügig, wenn man nach Geschlechtern oder minderjährig/volljährig differenziert.

Der hohe Anteil von Scheidungskindern in den Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses belegt eindrucksvoll die Notwendigkeit, die Krisen des Familienlebens während der ersten Partnerschaft, bei Trennung und Scheidung, in der Nachscheidungsfamilie und in Stieffamilien durch ein qualifiziertes Beratungsangebot zu begleiten, um so kostenintensiveren Hilfenotwendigkeiten vorzubeugen.

14 Förderliche Bedingungen für das Leistungsangebot

Ehescheidungen erfolgten bis 1977 nach dem Schuldprinzip. Die elterliche Gewalt sollte im Rahmen des damaligen Familienrechts dem schuldlosen Elternteil übertragen werden. Mit dem neuen Familienrecht von 1977 und der damit verbundenen Einführung des Zerrüttungsprinzips kamen grundsätzlich beide Eltern als Inhaber der elterlichen Sorge in Frage. Nun mußte geklärt werden, welcher Elternteil für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge besser geeignet sei. Die Zuordnung der elterlichen Sorge auf einen Elternteil blieb jedoch erforderlich. Es war Aufgabe des Familiengerichts und der Familiengerichtshilfe, den besser geeigneten Elternteil herauszufinden. Der Erkenntnis, daß das Weiterbestehen der familiären Sozialbeziehungen auch nach einer Scheidung die Grundlage für eine stabile und gesunde psychosoziale Entwicklung des heranwachsenden Menschen ist, trug das Bundesverfassungsgericht 1982 Rechnung, indem es die Möglichkeit eines gemeinsamen Sorgerechts schuf. § 17 KJHG zielt nicht auf ein gemeinsames Sorgerecht ab, sondern auf die Entwicklung eines einvernehmlichen Konzepts für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge, das dem Erfordernis des Weiterbestehens der Beziehung des Kindes zu beiden Elternteilen Rechnung trägt. Recht und Rechtsprechung haben sich also in den vergangenen zwanzig Jahren erheblich gewandelt. Statt den für die Erziehung besser geeigneten Elternteil zu finden, was in der Regel mit einer Abwertung des anderen Elternteils verbunden ist, gilt es nun, dem Kind auch nach einer Scheidung beide Eltern

zu erhalten: Eltern bleiben Eltern (Lederle/Niesel/Salzgeber/Schönfeld 1988).

Die relativ rasche Entwicklung von Erkenntnissen und geltender Rechtslage hat es mit sich gebracht, daß sich viele Menschen von der in der Vergangenheit geltenden gesellschaftlichen Auffassung und Rechtslage noch nicht freigemacht haben, sondern sie bewußt oder auch unterschwellig in die aktuelle Diskussion, auch in die Regelung von Einzelfällen, einbringen. In strittigen Verfahren vor dem Familiengericht ist es nach wie vor nicht unüblich, durch eine Disqualifizierung des anderen Elternteils eine parteiische Sorgerechtsregelung herbeiführen zu wollen. Oft wird die Rolle von Rechtsanwälten in diesem Zusammenhang diskutiert (Fröhlich 1993). Richter und Rechtsanwälte sind häufig noch nach dem alten Recht ausgebildet. Damit also die heutige Rechtslage und die ihr zugrundeliegende Erkenntnis über die Wichtigkeit des Fortbestehens der bisherigen Beziehung der Kinder zu beiden Elternteilen „in die Köpfe und Herzen“ beteiligter Fachleute wie auch der mit Scheidung betroffenen Menschen kommt, bedarf es flankierender Maßnahmen. Eine offensive Medienarbeit ist notwendig, um die grundlegenden Überlegungen in die Öffentlichkeit zu transportieren.

Als ein wesentliches Medium zur Erreichung dieses Ziels haben sich Arbeitskreise zur Kooperation in Familienkonflikten herausgestellt (Balloff 1994; Salzgeber/Haase 1996). An ihnen nehmen Vertreter möglichst aller beteiligten Institutionen teil: Familienrichter, Rechtsanwälte, der Allgemeine Soziale Dienst des Jugendamtes, Erziehungsberatungsstellen, Sachverständige und je nach örtlicher Situation auch weitere Institutionen. Nach einer Erhebung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung beteiligten sich im Jahr 1990 3 % der Erziehungs- und Familienberatungsstellen an solchen interinstitutionellen Arbeitskreisen; drei Jahre später wirkten bereits 32 % der Einrichtungen in solchen Kooperationsformen mit (bke 1994, S. 68).

15 Umsetzung des Auftrages zum Aufbau des Angebotes

Mit der Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung hat das KJHG ein bis dahin nur an einzelnen Standorten entwickeltes Angebot zur Erarbeitung eines einvernehmlichen Konzepts der elterlichen Sorge flächendeckend implementieren wollen; ihr entspricht keine Bestimmung innerhalb des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG). Den Trägern der Jugendhilfe ist deshalb durch Art. 10 des KJHG eine Übergangsfrist bis zum 31.12.1994 eingeräumt worden.

Während § 17 als „Soll-Bestimmung“ gefaßt ist, die für den öffentlichen Träger die Pflicht zur Vorhaltung dieser Leistung im Regelfall nach sich zieht, hatte die Übergangsregelung die Form einer „Kann-Bestimmung“.

Der Aufbau eines neuen Leistungsangebotes erfordert zunächst dafür bereitgestelltes *Fachpersonal*. Den Verfassern sind keine Daten bekannt, die bundesweit zusätzlich für diese Aufgabe eingestelltes Personal belegen. Nach eigener Kenntnis bzw. vermittelten Eindrücken sind nur im Ausnahmefall zusätzliche Personalstellen geschaffen worden. Dies gilt sowohl für den Bereich des Jugendamtes/ASD wie für die Beratungsstellen. Aufgrund der seit Inkrafttreten des KJHG schwierigeren Finanzlage der Kommunen wird im Gegenteil von Stellenabbau berichtet.

Aufbau des Angebotes hat daher im wesentlichen bedeutet: Bereitstellung von Personal zu Lasten anderer bisher wahrgenommener Aufgaben. Im Rahmen des ASD konnte dies z.T. die bisher für „Stellungnahmen“ verwandte Zeit sein, die jedoch von ihrem Umfang her – die Kommunale Gemeinschaftsstelle setzte dafür max. zwei Arbeitsstunden an (1985, S. 95) – nicht für eine Beratung ausreicht. In den Erziehungsberatungsstellen konnte auf die Zeit zurückgegriffen werden, in der auch sonst mit Kindern und Jugendlichen, die von Trennung und Scheidung betroffen sind, gearbeitet worden wäre.

Aufbau des Angebotes bedeutet aber auch: *Qualifizierung des Fachpersonals* für die besondere Thematik. Von 1991 bis 1994 hat das Thema Trennung und Scheidung im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen einen wahrhaften Boom erlebt. (Die Aufgaben der Partnerschaftsberatung nach § 17 Abs. 1 KJHG waren darin nicht eingeschlossen.) Die große Mehrzahl der Qualifizierungsmaßnahmen bestand in mehrtägigen und Wochen-Veranstaltungen. Weiterbildungsgänge, die über einen Zeitraum von zwei oder drei Jahren grundlegende Fähigkeiten vermitteln bzw. einen die verschiedenen Themenfelder (Beratung, Therapie, Mediation, soziale Hilfsmöglichkeiten, Recht, Scheidungsfamilie, Alleinerziehende, Stieffamilie) integrierenden Ansatz favorisieren, waren als Qualifizierung eher die Ausnahme. Seitdem § 17 Regelaufgabe ist, geht das Interesse an diesem Fortbildungsthema zurück.

Die realisierten Fortbildungen haben zu einer Sensibilisierung für das Thema „Trennung und Scheidung“ und seine Folgen für die Kinder und Jugendlichen geführt und in den örtlichen Diensten und Einrichtungen die eigene Konzeptbildung gefördert. Im Allgemeinen Sozialen Dienst sind z.T. Spezialdienste eingerichtet worden, die die Aufgaben nach § 17 (und ggf. auch nach § 50 KJHG) wahrnehmen. In den Erziehungsberatungsstellen sind insbesondere spezielle Angebote für betroffene Eltern gemacht und neue Konzepte für die Arbeit mit

Kindergruppen erprobt worden (Menne/Schilling/Weber 1993; Jaede 1994; Schilling 1996).

Eine empirische Untersuchung zur Qualität der Berichte von Jugendämtern an die Familiengerichte, die auch Einrichtungen der freien Jugendhilfe einschließt, legt allerdings den Schluß nahe, daß bei den Qualifizierungsanstrengungen noch nicht nachgelassen werden darf (Erben/Schade 1994). Auch der Bundesrat hält in seiner oben zitierten Stellungnahme zur Kindschaftsrechtsreform nicht nur einen weiteren Ausbau, sondern auch die Qualifizierung des vorhandenen Beratungsangebots der Jugendhilfe für weiterhin erforderlich (Deutscher Bundestag 1996, S. 163).

Die Idee eines Paradigmenwechsels – weg von einer „Stellungnahme“ zum künftigen Sorgerecht, hin zur Beratung des sich trennenden Elternpaares – hat sich offenkundig noch nicht flächendeckend durchgesetzt.

16 Spezialisierung oder integrierte Dienstleistung

Die Aufgaben der Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung, wie sie das KJHG konzipiert, sind umfassend angelegt. Münder u. a. (1993) weisen auf die hohen Anforderungen an die Fachlichkeit der Beratung hin, die eine Integration von sozialpädagogischer, kinderpsychologischer und rechtlicher Perspektive erfordert (§ 17 Rz 7). Wiesner und Kaufmann (1995) stellen die Notwendigkeit einer systemisch orientierten Beratung heraus (§ 17 Rz 24). Klinkhardt (1994) bringt dies auf die kurze Formel, daß die in § 17 gemeinte Beratung und Unterstützung nur durch fachlich qualifizierte Beratungsteams erbracht werden könne, die sowohl zur Ehe- und Familienberatung wie zur Erziehungsberatung in der Lage sind (§ 17 Rz 9). Er verweist deshalb ausdrücklich auf die Bestimmung in § 28 Satz 2 KJHG, nach der Fachkräfte verschiedener Fachrichtungen zusammenarbeiten sollen, die mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sind. Die Forderung nach einem multidisziplinär besetzten Fachteam war den Pionieren der Trennungs- und Scheidungsberatung (z. B. Raaba 1985) selbstverständlich. Auch Schellhorn und Wienand (1991) grenzen die Aufgaben nach § 17 von der funktionalen Beratung ab, wie sie üblicherweise durch den Allgemeinen Sozialen Dienst erbracht wird, und fordert einen „nach fachlichen Anforderungen besetzten Beratungsdienst, der auch einen familientherapeutischen Hintergrund besitzt (sog. institutionelle Beratung)“ (§ 17 Rz 9). Ebenso argumentie-

ren Hauck und Gaertner (1991; § 17 Rz 4) und Münder u. a. (²1993, § 17 Rz 8).

Es reicht deshalb nicht aus, die Aufgabenwahrnehmung in die sonstige Tätigkeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes einzufügen. Vielmehr müssen hinsichtlich der personellen Zusammensetzung, der erworbenen Zusatzqualifikationen und der Räumlichkeiten, in denen die Beratung erfolgen soll, Bedingungen für eine institutionelle Beratung geschaffen werden. Insofern ist *innerhalb* des ASD eine *Spezialisierung* für diese Beratungsaufgaben erforderlich.

Die Erziehungs- und Familienberatungsstellen erfüllen in aller Regel die Anforderungen an ein multidisziplinär besetztes und mit unterschiedlichen therapeutischen Verfahren qualifiziertes Team. Sie können die Aufgaben nach § 17 KJHG in ihre sonstige Beratungstätigkeit *integriert* anbieten.

Im Zuge der innovativen Umsetzung sind auch spezialisierte Beratungsstellen für Trennung und Scheidung entstanden. Allerdings läßt sich das Thema Trennung und Scheidung nicht abtrennen von den anderen Aufgaben, die sich im Entwicklungszyklus von Familien stellen. In der Praxis werden diese Einrichtungen daher auch mit anderen Problemstellungen konfrontiert und nähern sich in der Breite der von ihnen bearbeiteten Themen den übrigen Erziehungs- und Familienberatungsstellen an.

Für alle Dienste, die bei Trennung und Scheidung beratend tätig sind, gilt, daß sie über eine regelmäßige Supervision ihrer Tätigkeit verfügen sollten. Die vom KJHG intendierte Hilfestellung kann nur gelingen, wenn die beteiligten Fachkräfte in die Lage versetzt werden, ihr eigenes Verhältnis zu Trennungsprozessen und ihre untergründigen Ängste in Bezug auf eine Scheidung zu erkennen und gegenüber den Rat suchenden Elternpaaren zu kontrollieren.

Eine für Beratungsaufgaben notwendige Spezialisierung sollte also – um zusammenzufassen – mit einer inhaltlich integrierenden Arbeitsweise verbunden werden.

17 Rechtsanspruch auf Beratungsleistungen nach § 17 KJHG

Die Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung war vom 1.1.1991 bis zum 31.12.1994 als „Kann-Leistung“ ausgestaltet. Es stand somit im Ermessen des örtlichen öffentlichen Trägers, in welchem Umfang das Angebot vorgehalten werden sollte. Seit dem

1.1.1995 „soll“ das Angebot zur Verfügung stehen. Dies bedeutet nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVG 1975, zitiert nach bke 1997, S. 267), daß diese Beratungsleistungen vorgehalten werden müssen. Eine Abweichung ist nur im atypisch gelagerten Fall zulässig.

Die Praxis der Jugendhilfe sieht vielfach anders aus: Leistungen aus dem Zweiten Abschnitt des Zweiten Kapitels „Förderung der Erziehung in der Familie“ werden häufig als ‚freiwillige‘ Leistungen angesehen, im Gegensatz zu den ‚Pflichtaufgaben‘, die bei den individuellen Rechtsansprüchen verortet werden. Insbesondere der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz hat dazu beigetragen, finanzielle Mittel der Jugendhilfe in erster Linie solchen Aufgaben zuzuordnen, die in diesem Sinne als ‚Pflichtaufgaben‘ angesehen werden. Das KJHG kennt diese Unterscheidung jedoch nicht. Für den Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind alle Aufgaben des KJHG ‚Pflichtaufgaben‘. Unterschiedlich ist nur die subjektive Rechtsposition des Leistungsberechtigten.

Die im Rahmen der Kindschaftsrechtsreform vorgesehene Ausstattung der Beratung nach § 17 KJHG mit einem individuellen Rechtsanspruch macht den hohen Stellenwert deutlich, der dieser Leistung der Jugendhilfe in der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung von Familie zukommt. Es ist nur konsequent, der Beratung, die einer möglichen Trennung oder Scheidung von Eltern *vorhergeht* bzw. sie begleitet, dieselbe Rechtsqualität zu verleihen wie derjenigen Beratung, die ggf. *nach* einer Trennung oder Scheidung von ihnen als alleinerziehendem bzw. nicht-sorgeberechtigtem Elternteil gemäß § 18 Abs. 1 und 4 KJHG in Anspruch genommen werden kann.

Der Zehnte Jugendbericht sollte die Absicht, einen Rechtsanspruch auf die Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung einzuführen, unterstützen.

18 Auswirkungen von § 17 KJHG auf Kinder

Die Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung wurde geschaffen mit der Absicht, den negativen Folgen von Trennung und Scheidung für Kinder und Jugendliche entgegenzuwirken. Trennungen und Scheidungen geht eine Konfliktgeschichte voraus, die die Situation der Kinder frühzeitig beeinträchtigt und dadurch später die Verarbeitung einer Scheidung erschwert. Daher war es richtig, in den Kontext der Scheidungsberatung auch eine Beratung in Fragen der

Partnerschaft einzubeziehen: nicht nur, um Trennungen und Scheidungen zu vermeiden, sondern um für Kinder Bedingungen zu schaffen, die ihnen eine günstige Entwicklung ermöglichen. Hier hat § 17 Abs. 1 KJHG nicht zu zusätzlichen innovativen Anstrengungen geführt, die über die bereits etablierten Angebote im Rahmen von Erziehungs- und Familienberatung sowie Integrierten Beratungsstellen hinausgehen.

Das Beratungsangebot nach § 17 KJHG reagiert zudem auf den Umstand, daß nach altem Eherecht die Kinder einem Elternteil zugeordnet werden müssen. Die Beratung zielt daher darauf, ein einvernehmliches Konzept der Wahrnehmung der elterlichen Sorge zu entwickeln, d. h. elterliche Sorge aus dem streitigen justiziellen Verfahren tendenziell herauszulösen und ein Weiterbestehen der Elternschaft zumindest in der Form des Konsenses zu sichern. Ob hier tatsächlich Erfolge zu verzeichnen sind, ist offen. Denn 80 % der Eltern erreichten auch vor Inkrafttreten des KJHG innerhalb des Scheidungsverfahrens eine einvernehmliche Lösung. Niesel vermutet deshalb unter Bezugnahme auf amerikanische Untersuchungen, daß die im Kontext von Mediation/Vermittlung zu einer Lösung kommenden Eltern diejenigen sind, die auch ohne eine solche Hilfe zur Einigung⁶ fähig wären (Niesel 1991, S. 89).

Trennung und Scheidung sind ein emotional nicht nur hoch besetzter, sondern ein die gesamte Person ergreifender Prozeß. Wenn daher im Kontext einer auf die Sorgerechtsregelung eingeschränkten Beratung die Gefühle der Eltern außen vor bleiben, muß damit gerechnet werden, daß die erarbeitete „Lösung“ gerade auf dem Nicht-Zulassen bzw. Verleugnen des zugrunde liegenden Erlebens basiert. Dies macht ein Wiederaufflackern der Partnerschaftskonflikte nach einer Regelung des Sorgerechts verständlich. Eine auf das Sorgerecht enggeführte Beratung steht deshalb in der Gefahr, die Situation für das Kind praktisch nicht zu verbessern.

Weitergehend war in der Gesetzesbegründung die Erwartung formuliert, daß die Beratung nach § 17 KJHG zur Umsetzung des gemeinsamen Sorgerechts beitragen könnte. Dabei wurde vorausgesetzt, daß die rechtliche Regelung als solche positive Effekte für die Kinder zeigen würde. Dieser Optimismus wird heute nicht mehr geteilt. Der Gesetzestext läßt auch offen, welche Regelung von den Eltern gemeinsam getragen wird. Aber es kann festgehalten werden, daß die Zahl der Ehescheidungen mit anschließender gemeinsamer elterlicher Sorge von 1985 (Limbach 1988) bis 1995 von 2 % auf 17 % gestiegen ist, wie eine bundesweite Erhebung der Justizstatistik zeigt (Deutscher Bundestag 1996, S. 37). Die höchsten Werte erreichen dabei das Saarland (25 %), Baden-Württemberg (23 %), Hamburg (22 %) und Schleswig-

Holstein (21 %). Aus München werden 40 % und aus Berlin 28 % gemeinsame elterliche Sorge nach Scheidung berichtet. Wenn man diesen Indikator benutzen will, dann hat die Trennungs- und Scheidungsberatung nach § 17 Abs. 3 KJHG sicherlich zu einer Verbesserung, auch der Situation der Kinder, geführt.

Da es aber aus der Perspektive der Kinder weniger auf die rechtlichen Regelungen als auf ihre im Alltag gelebte Umsetzung ankommt, dürfte der positive Effekt zunächst nur in der Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins liegen, daß Eltern auch nach ihrer Scheidung für ihre gemeinsamen Kinder verantwortlich bleiben. Auch dies kann angesichts der Tatsache, daß wenige Jahre nach einer Scheidung viele Väter keinerlei Kontakte mehr zu ihren Kindern haben, nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung richtet sich nach dem Normtext an Mütter und Väter. Selbst bei der Erarbeitung des Konzepts der elterlichen Sorge sind die betroffenen Kinder und Jugendlichen keine Adressaten. Zwar läßt das KJHG gemäß § 8 Abs. 1 die Beteiligung der Kinder nach ihrem jeweiligen Entwicklungsstand zu, worauf die Kommentarliteratur einhellig hinweist. Die Praxis wird dadurch jedoch nicht bestimmt. Kinder und Jugendliche werden in die Beratung nicht systematisch einbezogen, sondern nur nach dem Gutdünken der zuständigen Fachkraft – wobei im Einzelfall Fachkräfte sicherlich hohes Problembewußtsein und Kompetenz im Umgang mit Kindern zeigen. Nur ist dies nicht die Regel. Vielmehr gibt es – wie oben angemerkt – Hinweise darauf, daß in der eigenen Einschätzung von Mediatoren gerade die Betroffenheit von Kindern die Fähigkeit zur Mediation einschränkt. Es ist die Konfrontation mit den Gefühlen, welche eine Scheidung der Eltern bei den Kindern hervorruft, die eine Handlungsunfähigkeit der Fachkräfte auslösen kann.

Die residuale Stellung, die Kinder und Jugendliche in der Praxis dieses Beratungsangebotes haben, wird zementiert durch die rechtliche Form: Adressat der *Kinder- und Jugendhilfe* sind *Erwachsene*. Die im Rahmen der Kindschaftsrechtsreform vorgesehene Änderung von § 17 Abs. 2 KJHG schreibt die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen ausdrücklich vor. Hier kann, vielleicht ähnlich wie bei der gemeinsamen elterlichen Sorge, eine langfristige Bewußtseinsbildung der Fachkräfte zugunsten der Kinder erzeugt werden.

Dabei ist die Beteiligung der Kinder kein Wert an sich. Es bedarf vielmehr ausgewogener Konzepte, um die Kinder jeweils ihrem Alter entsprechend in den Beratungsprozeß einzubeziehen und bei ihnen nicht den Eindruck hervorzurufen, daß nun sie die Probleme der Erwachsenen durch ihr Votum entscheiden sollten.

Die vorgesehene Änderung bei § 18 KJHG gewährt Kindern und Jugendlichen gar einen Anspruch auf Unterstützung, damit die zum Umgang mit ihnen berechtigten Personen von diesem Recht zu ihrem Wohl Gebrauch machen. Vielleicht sind beide Änderungen zarte Anzeichen dafür, daß die Erwachsenenorientierung des KJHG langsam zugunsten der eigentlichen Adressaten der Jugendhilfe, nämlich den Kindern und Jugendlichen, korrigiert wird. Ansonsten braucht eine kindorientierte Praxis auch nicht erwartet zu werden.

Die Verfassung steht der Respektierung der Kinder als eigenen Rechtssubjekten – im Gegensatz zur offiziellen Begründung (Wiesner 1995, § 27 Rz 5–8) – nicht im Wege. Vielmehr ermöglicht die kategoriale Trennung von Rechtsinhaberschaft und Rechtsausübungsfähigkeit (Coester 1991, S. 255), Kinder und Jugendliche selbst systematisch zu Anspruchsberechtigten der Jugendhilfe zu machen.

19 Empfehlungen an die Politik

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen sollte die Jugendberichtskommission die folgenden Empfehlungen an die Politik aussprechen. Dabei werden unter Politik sowohl die ggf. erforderliche bundespolitische Entscheidung wie die örtlichen jugendhilfepolitischen Entscheidungen verstanden.

1. Im Rahmen der Kindschaftsrechtsreform sollte – wie vorgesehen – der Fortbestand der gemeinsamen elterlichen Sorge auch nach einer Scheidung gesetzlich geregelt werden.
2. Der damit gestärkten elterlichen Verantwortung sollte durch einen Rechtsanspruch auf die Sozialleistung „Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung“ Rechnung getragen werden (sozialrechtliche Wahrnehmung des Verfassungsauftrages aus Art. 6 Abs. 2 GG).
3. Das Beratungsangebot sollte als Folge des Rechtsanspruchs personell bedarfsgerecht ausgebaut werden.
4. Die Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung sollte im vollen gesetzlich vorgesehenen Umfang realisiert und nicht auf Beratung zur Gestaltung des Sorgerechts reduziert werden.
5. Nach Wegfall des Scheidungsverbundes ist die Mitwirkung des Jugendamtes nurmehr bei Anträgen der Eltern auf Entscheidung über das Sorgerecht erforderlich. Die Jugendhilfe sollte daher eine klare Rollentrennung realisieren zwischen einer auf das justizielle Verfah-

- ren bezogenen Mitwirkung und einem nur durch die eigene Entscheidung der Eltern in Anspruch genommenen Beratungsangebot.
6. Die Anstrengungen zur Qualifizierung der Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung sollten fortgesetzt werden. Dabei sollten auch längerfristige curriculare Maßnahmen sowie regelmäßige externe Supervision vorgesehen werden.
 7. Im Rahmen der Qualifizierung sollte die Einbeziehung von Kindern in die Beratung einen besonderen Schwerpunkt bilden.
 8. Im Rahmen der Jugendhilfeplanung sollte der Verpflichtung zur Pluralität der Träger durch Angebote des öffentlichen Trägers und – wo möglich – *verschiedener* freier Träger Rechnung getragen werden.
 9. Familiengericht und Jugendamt sollten auf *alle* im örtlichen Bereich bestehenden Beratungsangebote hinweisen.
 10. Das Rechtsberatungsgesetz sollte in § 3 durch eine Ziff. 9 ergänzt werden, die Rechtsberatung durch anerkannte freie Träger der Jugendhilfe zuläßt.

20 Anmerkungen

¹ Diese Zuarbeit zum Zehnten Jugendbericht ist am 20. Juni 1997 abgeschlossen worden. Inzwischen ist das Reformwerk von Bundestag und Bundesrat beschlossen worden.

² Inzwischen hat diese Formulierung in das SGB VIII in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1989 Eingang gefunden.

³ Der Gesetzgeber ist diesem Vorschlag im SGB VIII in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1989 gefolgt.

⁴ § 613 Abs. 1 und § 622 Abs. 2 ZPO erhalten – wie inzwischen feststeht – die oben zitierten Zusätze.

⁵ Inzwischen ist die Änderung in Kraft getreten.

⁶ Dabei heißt Einigung nicht emotionale Verarbeitung des Scheidungsgeschehens.

21 Tabellen

Tabelle 1:	Kinder und Jugendliche in ausgewählten Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses nach Familienstand bei Beginn der Hilfe 1995 (abs. und %)	221
Tabelle 2:	Kinder und Jugendliche in ausgewählten Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses nach ausgewähltem Aufenthalt bei Beginn der Hilfe 1995 (abs. und %)	222

22 Literatur

- Amato, D. R./Keith, B. (1991): Parental Divorce and Adult Well-being: A Meta-Analysis. In: *Journal of Marriage and the Family*, 53, S. 43–58
- Balloff, R. (1991): Konzeptionelle Gedanken zur Trennungs- und Scheidungsintervention. In: *Familie und Recht*, 2, S. 63–69
- Balloff, R. (1992): Trennung, Scheidung, Regelung der elterlichen Sorge. Neuere Entwicklungen und Tendenzen aus juristischer und psychologischer Sicht. In: *Recht der Jugend und des Bildungswesens*, 40, S. 43–61
- Balloff, R. (1994): Familien in Trennung: Von der Koordination zur kooperativen Vernetzung. In: *Zentralblatt für Jugendrecht*, 7/8, S. 302–311
- Balloff, R. (1995): Beratung, Unterstützung und Mitwirkung im Scheidungsfall bei der Ausgestaltung der elterlichen Sorge und des Umgangsrechts im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) nach Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) gemäß §§ 17, 18 und 50 KJHG. Eine rechtspsychologische Bestandsaufnahme. In: *Zentralblatt für Jugendrecht*, 4/6, S. 160–166
- Balloff, R./Walter, E. (1993): Möglichkeiten und Grenzen beratender Interventionen am Beispiel der Mediation nach §§ 17, 28, 18 Abs. 4 KJHG. In: *Zentralblatt für Jugendrecht*, 2, S. 65–75
- Barber, B./Eccles, J. S. (1992): Long-term influences of divorce and single parenting on adolescent family- and work-related values, behaviors and aspirations. In: *Psychological Bulletin*, 111, S. 108–126
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit (1995): Unterstützung von Familien in Trennung und Scheidung bei der Sorgerechtsregelung. In: *Zentralblatt für Jugendrecht*, 4/6, S. 141–159
- Beck-Gernsheim, E. (1993): Scheidung und Scheidungsfolgen. Soziologische und psychologische Perspektiven. In: Herlth, A./Brunner, E. J./Tyrell, H./Kriz, J. (Hrsg.): *Abschied von der Normalfamilie? Partnerschaft kontra Elternschaft*. Berlin, S. 159–174
- Bundes-Arbeitsgemeinschaft für Familien-Mediation (BAFM) (1995): Richtlinien für Mediation in Familienkonflikten. In: Duss-von Werdt, J./Mähler, G./Mähler, H-G. (Hrsg.): *Mediation: Die andere Scheidung*. Stuttgart, S. 118–125
- Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.) (1986): *Siebter Jugendbericht. Jugendhilfe und Familie. Die Entwicklung familienunterstützender Leistungen der Jugendhilfe und ihre Perspektiven*. Bundestagsdrucksache 10/6730. Bonn
- Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.) (1990): *Achter Jugendbericht. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe*. Bundestagsdrucksache 11/6576. Bonn
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1994): *Neunter Jugendbericht. Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern*. Bundestagsdrucksache 13/70. Bonn

Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke; Hrsg.) (1994): Das Leistungsspektrum von Erziehungsberatungsstellen. Fürth

Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke; Hrsg.) (1995): Scheidungsmediation. Möglichkeiten und Grenzen. Münster

Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke) (1997; erstmals 1994): Hinweise zur Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren. In: Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke; Hrsg.): Rechtsfragen in der Beratung. Fürth, S. 48–56

Bundesverwaltungsgericht (BVG) (1997; erstmals 1975): Urteil vom 25. Juni 1975. Auszug in: Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke; Hrsg.): Rechtsfragen in der Beratung. Fürth, S. 267

Coester, M. (1991): Die Bedeutung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) für das Familienrecht. In: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht, 3, S. 253–263

Coester, M. (1992): Sorgerecht bei Elternscheidung und KJHG. In: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht, 6, S. 617–625

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1996): Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Kindschaftsrechts. Bundestagsdrucksache 13/4899. Bonn

Deutscher Bundestag (1997; erstmals 1994): Rechtsberatungsgesetz. In: Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke; Hrsg.): Rechtsfragen in der Beratung. Fürth, S. 182–186

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (1992): Empfehlungen zur Beratung in Fragen der Trennung und Scheidung und zur Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, 5, S. 148–152

Diez, H./Krabbe, H. (1995): Indikation und Grenzfälle der Scheidungsmediation. In: Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke; Hrsg.): Scheidungsmediation. Möglichkeiten und Grenzen. Münster, S. 118–123

Engl, J./Thurmaier, F. (1995): Wie redest du mit mir? Fehler und Möglichkeiten in der Paarkommunikation. Freiburg

Erben, R./Schade, B. (1994): Position und Einfluß des Jugendamtes im familiengerichtlichen Verfahren. Eine empirische Untersuchung. In: Zentralblatt für Jugendrecht, 4, S. 209–214

Figdor, H. (1991): Kinder aus geschiedenen Ehen: Zwischen Trauma und Hoffnung. Mainz

Figdor, H. (1994): Zwischen Aufklärung und Deutung – Zur Methode und Technik psychoanalytisch-pädagogischer Beratung von Scheidungseltern. In: Eggert-Schmid Noerr, A./Hirmke-Wessels, V./Krebs, H. (Hrsg.): Das Ende der Beziehung? Frauen, Männer, Kinder in der Trennungskrise. Mainz, S. 133–167

Fröhlich, S. F. (1993): Unheilvolle Konfliktförderer? Rechtsanwälte im Familienrecht. In: Menne, K./Schilling, H./Weber, M. (Hrsg.): Kinder im Scheidungskonflikt. München, Weinheim, S. 323–331

Fthenakis, W. E. u. a. (1995a): Gruppeninterventionsprogramm für Kinder mit getrennt lebenden oder geschiedenen Eltern. Weinheim, Basel

Fthenakis, W. E. (1995b): Kindliche Reaktionen auf Trennung und Scheidung. In: Familiendynamik, 2, S. 127–154

- Haffke, B. (1995): Legalität von Mediation im deutschen Rechtsraum. In: Duss-von Werdt, J./Mähler, G./Mähler, H.-G. (Hrsg.): *Mediation: Die andere Scheidung*. Stuttgart, S. 65–112
- Hahlweg, K. (1986): *Partnerschaftliche Interaktion. Empirische Untersuchungen von Analysen und Modifikationen von Beziehungsstörungen*. München
- Hahn, J. u. a. (Hrsg.) (1992): *Scheidung und Kindeswohl. Beratung und Betreuung durch scheidungsbegleitende Berufe*. Heidelberg
- Hahn, K./Müller, F.-W. (Hrsg.) (1993): *Systemische Erziehungs- und Familienberatung. Wege zur Förderung autonomer Lebensgestaltung*. Mainz
- Hauck, K./Gaertner, W. (1991): *Sozialgesetzbuch SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe. Kommentar. Stand 1996*. Berlin
- Hehl, F.-J./Dornette, W. (1996): Ohne Verarbeitung keine Vermittlung. Trennungsberatung in Verbindung mit Paar- und Familientherapie. In: Schilling, H. (Hrsg.): *Wege aus dem Konflikt*. Mainz, S. 87–140
- Hinz, M. (1992): SGB VIII. In: *Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Bd. 8. Familienrecht*. München, S. 1605 ff.
- Hofmann-Hausner, N./Bastine, R. (1995): Psychologische Scheidungsfolgen für Kinder. Die Einflüsse von elterlicher Scheidung, interparentalem Konflikt und Nachscheidungssituation. *Zeitschrift für Klinische Psychologie*, 24, 4, S. 285–299
- Holzheuer, K./Lederle, O./Roßberger, H. (1994; erstmals 1990): Erfahrungen zur Trennungs- und Scheidungsberatung. In: *Bundeskongress für Erziehungsberatung (bke; Hrsg.): Jahrbuch für Erziehungsberatung. Band 1*. Weinheim, München, S. 131–145
- Jans, K.-W./Happe, G./Saurbier, H. (1991): *Kinder- und Jugendhilferecht. Kommentar. Stand 1996*. Köln
- Jaede, W. (1994): Das Freiburger Gruppeninterventionsprogramm für Kinder aus Trennungs- und Scheidungsfamilien. In: *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie*, 10, S. 359–366
- Kaufmann, F. (1991): Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung als Aufgabe der Jugendhilfe. In: Wiesner, R./Zarbock, W. H. (Hrsg.): *Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)*. Köln u. a., S. 319–342
- Klann, N./Hahlweg, K. (1994): Beratungsbegleitende Forschung – Evaluation von Vorgehensweisen in der Ehe-, Familien- und Lebensberatung und ihre spezifischen Auswirkungen. Band 48.1 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart u. a.
- Klinkhardt, P. (1994): *Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz*. München
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) (1985): *Organisation des Jugendamtes. Personal-Richtwerte für den Allgemeinen Sozialdienst (ASD)*. Bericht Nr. 4/1985. Köln
- Kreisjugendamt Kaiserslautern (1995): *Konzeption zur Trennungs- und Scheidungsberatung/Familiengerichtshilfe gemäß den §§ 17 und 50 SGB VIII*. Kaiserslautern
- Krug, H. (1994): Die Rolle des staatlichen Wächteramtes bei der Regelung elterlicher Sorge. In: *Bundeskongress für Erziehungsberatung (bke; Hrsg.): Kindeswohl, Beratung und Mitwirkung*. Fürth, S. 7–22

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (1996): Eltern bleiben Eltern – auch wenn sie sich trennen. Mainz

Landgericht Memmingen (1997; erstmals 1995): Urteil vom 7. September 1994. In: Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke; Hrsg.): Rechtsfragen in der Beratung. Fürth, S. 238–242

Landesjugendamt Hessen – Landesjugendhilfeausschuß (1992): Fachliche Empfehlung zur Durchführung der Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung und der Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren für die Landsjugendämter in Hessen. Wiesbaden

Lederle, O./Niesel, R./Salzgeber, J./Schönfeld, U. (1988): Eltern bleiben Eltern. München

Limbach, J. (1988): Gemeinsame Sorge geschiedener Eltern. Heidelberg

Mähler, G./Mähler, H.-G. (1995): Zur Institutionalisierung von Mediation. In: Duss-von Werdt, J./Mähler, G./Mähler, H.-G. (Hrsg.): Mediation: Die andere Scheidung. Stuttgart, S. 35–52

Mayer, S./Meixner, K. (1997; erstmals 1996): Das Projekt „Umgang-Kontakt-Beziehung“. In: Informationen für Erziehungsberatungsstellen, 2, S. 6–9

Menne, K. (1992): Zwischen Beratung und Gericht. Aufgaben der Erziehungsberatungsstellen und des Allgemeinen Sozialen Dienstes bei Trennung und Scheidung. In: Zentralblatt für Jugendrecht, 79, 2, S. 66–75

Menne, K. (1997): Institutionelle Beratung in der Jugendhilfestatistik. In: Rauschenbach, T./Schilling, M. (Hrsg.): Die amtliche Jugendhilfestatistik, Band II: Analysen, Befunde und Perspektiven. Neuwied, S. 201–264

Menne, K./Golias, E. (1992): Trennungs- und Scheidungsberatung in Erziehungsberatungsstellen. In: Neue Praxis, 5, S. 412–423

Menne, K./Schilling, H./Weber, M. (Hrsg.) (1993): Kinder im Scheidungskonflikt. Beratung von Kindern und Eltern bei Trennung und Scheidung. Weinheim, München

Minsel, B. (1992): Psychologische Prävention für Paare als Instrument der Qualitätsverbesserung und Stabilisierung von Ehen. In: Fthenakis, W. E./Kunze, H.-R. (Hrsg.): Trennung und Scheidung – Familie am Ende? Graftschaft, S.72–104

Mrozynski, P. (1991): Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII). München

Müller-Alten, L. (1991): Familiengerichtshilfe und Datenschutz. In: Zentralblatt für Jugendrecht, 9, S. 454–459

Münder, J./Greese, D./Jordan, E./Kreft, D./Lakies, T./Lauer, H./Proksch, R./Schäfer, K. (1991): Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG. Münster

Münder, J./Greese, D./Jordan, E./Kreft, D./Lakies, T./Lauer, H./Proksch, R./Schäfer, K. (1993): Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG. Münster

Niepel, G. (1994): Alleinerziehende. Abschied von einem Klischee. Opladen

Niesel, R. (1991): Was kann Mediation für Scheidungsfamilien leisten? In: Zeitschrift für Familienforschung, 3/2, S. 84–102

Niesel, R. (1995): Erleben und Bewältigung elterlicher Konflikte durch Kinder. In: Familiendynamik, 2, S. 154–170

Oberlandesgericht Frankfurt am Main (1997; erstmals 1991): Urteil vom 29. Oktober 1991. In: Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke; Hrsg.): Rechtsfragen in der Beratung. Fürth, S. 273–275

Offe, H. (1992): Empirische Scheidungsfolgen-Forschung: Ein Überblick über neuere Ergebnisse. In: Hahn, J./Lauberg, B./Offe, H. (Hrsg.): Scheidung und Kindeswohl. Heidelberg, S. 25–53

Prestien, H.-C. (1995): Zur Wiederherstellung der Selbstverantwortung der Familienmitglieder. Der/die RichterIn als Drehscheibe interdisziplinärer Zusammenarbeit. In: Zeitschrift für Jugendrecht, 4/6, S. 166–170

Presting, G. (1987): Erziehungs- und Familienberatung. Untersuchungen zu Entwicklung, Inanspruchnahme und Perspektiven. Weinheim, München

Proksch, R. (1995): Praxiserfahrung mit Vermittlung (Mediation) in streitigen Sorge- und Umgangsrechtsverfahren. In: Duss-von Werdt, J./Mähler, G./Mähler, H.-G.: Mediation. Die andere Scheidung. Stuttgart, S. 144–165

Raaba, V. (1985): Kindeswohl im Elternkonflikt. Wege zur Konfliktlösung in der Familienkrise. Dissertation FU Berlin. Unveröffentl. Manuskript

Reinhard, M. (1995): Generelle Regelungen zur Besuchsanbahnung/-wiederanbahnung. Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Familien. Jugendamt. Stadt Nürnberg

Richter, H.-E. (1972): Patient Familie. Reinbek

Riehl-Emde, A. (1992): Ehescheidung und ihre Folgen. In: Familiendynamik, 4, S. 415–432

Salzgeber, J./Haase, W. (1996): Ein beispielhafter interdisziplinärer Arbeitskreis zur Kooperation in Familienkonflikten. In: Schilling, H. (Hrsg.): Wege aus dem Konflikt. Mainz, S. 224–244

Schellhorn, W./Wienand, M. (1991): Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII). Neuwied u. a.

Scheuerer-Englisch, H. (1993): Beratung statt Begutachtung. In: Menne, K./Schilling, H./Weber, M. (Hrsg.): Kinder im Scheidungskonflikt. Beratung von Kindern und Eltern bei Trennung und Scheidung. Weinheim, München, S. 213–225

Schilling, H. (Hg.) (1996): Wege aus dem Konflikt. Von Therapie bis Mediation: Professionelle Unterstützung von Kindern und Eltern bei Trennung und Scheidung. Mainz

Schulte-Kellinghaus, T. (1994): Jugendämter und Rechtsberatung. In: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht, 19, S. 1230–1234

Statistisches Bundesamt (1996): Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart

Statistisches Bundesamt (1997): Statistik der Jugendhilfe Teil I; 4 Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses; 4.1 Beginn der Hilfe 1995. Arbeitsunterlage. Wiesbaden

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (1997): Statistische Monatshefte, Mai 1997, Kurz und Aktuell

Tauche, A. (1992): Trennungs- und Scheidungsberatung öffentlicher und freier Träger – Organisatorische Konsequenzen nach SGB VIII. In: Faltermeier, J./Fuchs, P.

(Hrsg.): Trennungs- und Scheidungsberatung durch die Jugendhilfe. Klärung der Rolle und Aufgabe öffentlicher und freier Träger. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge. Schriften Allgemeinen Inhalts (SAI) Nr. 30. Frankfurt/M., S. 97–108

Wallerstein, J./Blakeslee, S. (1989): Gewinner und Verlierer. Frauen, Männer, Kinder nach der Scheidung. München

Vennen, D. (1992): Behandlungsergebnisse und Wirkfaktoren von Eheberatung. Eine katamnestische Studie. Göttingen

Weber, M. (1992): Hilfe bei der Erarbeitung und Ausübung nachehelicher Elternschaft durch Beratungsdienste. In: Horstmann, J. (Hrsg.): Nacheheliche Elternschaft. Familienbund der Deutschen Katholiken Landesverband NRW. Schriftenreihe Nr. 8, S. 105–122

Werner-Schneider, C. (1995): Nutzen und Nachteil der Mediation für Frauen. In: Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke; Hrsg.): Scheidungsmediation. Möglichkeiten und Grenzen. Münster, S. 133–137

Wiesner, R./Kaufmann, F./Mörsberger, T./Oberloskamp, H./Struck, J. (1995): SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe. München

Willutzki, S. (1994). Familiengericht und Jugendamt – Neue Formen der Zusammenarbeit. In: Zentralblatt für Jugendrecht, 5, S. 202–204

Wingen, M. (1992): Scheidungswaisen im Spiegel der amtlichen Statistik. In: Horstmann, J. (Hrsg.): Nacheheliche Elternschaft. Familienbund der Deutschen Katholiken Landesverband NRW. Schriftenreihe Nr. 8, S. 131–161

Zettner, R. (1993): Der Umfang der Trennungs- und Scheidungsberatung nach dem neuen KJHG. In: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht, 6, S. 621–626